

treter im Vorstandsrat und der übrigen Vertreter. Wir sind dem Vorstände aufrichtigen Dank schuldig für die ausgezeichnete Art der Vorbereitung und der Leitung der heutigen Verhandlung, wie auch für so manche Arbeit, die gewiß heute vormittag schon geleistet worden ist. Wir sind jedem einzelnen Vorstandsmitglied Dank schuldig, ganz besonders

dem verehrten Herrn Vors., nicht zu vergessen den verehrten Herrn Prof. R a s s o w, der die Sache in so geschickter Weise vorbereitet hat. Ich bitte Sie, zum Zeichen Ihrer Zustimmung sich von den Plätzen zu erheben.“

(Geschicht, lebhaftes Bravo.)

II. Mittwoch, den 15. September 1909.

Erste allgemeine Sitzung.

Die erste allgemeine Sitzung

wurde am Mittwoch, den 15./9. 1909 im großen Hörsaal des Physikalischen Vereins abgehalten.

Vors. Prof. Dr. D u i s b e r g: „Hochansehnliche Festversammlung! Werte Gäste, liebe Freunde und Kollegen! Obgleich wir Chemiker, darunter Hunderte aus Deutschlands Gauen, in diesem Jahre schon einmal zur schönen Frühlingszeit auf englischem Boden, an den Ufern der Themse, in der geräuschvollen Millionenstadt London zum internationalen Kongreß für angewandte Chemie zusammen waren, hat der im vorigen Jahre zu Pfingsten auf der Hauptversammlung in Jena gefaßte Beschluß, unsere diesjährige Hauptversammlung nicht ausfallen zu lassen, sondern, der liebenswürdigen Einladung unseres hiesigen Bezirksvereins folgend, sie trotzdem in Frankfurt abzuhalten, die Mitglieder in ungeschwächter Zahl in die alte freie Reichsstadt einziehen lassen. Selbst die Verlegung aus der seit Jahren gewohnten schönen Frühlingsmaienzeit, der Pfingstwoche, in die Ferienstille der Septembertage hat dem Zuzug zu unserer Hauptversammlung keinen Abbruch getan, und so sind die Chemiker denn aus allen Teilen des deutschen Reichs und darüber hinaus, aus den angrenzenden deutschsprechenden Ländern und aus unseren im Ausland errichteten Bezirksvereinen nach der großen Handels- und Industriemetropole am Main geeilt, um die mehr oberflächliche und nicht genügend vertiefte Art der Behandlung wissenschaftlicher Fragen und des Sichkennnlernens, wie dies auf internationalen Kongressen, wo Tausende von Fachgenossen aus aller Herren Länder und in allen Zungen redend zusammenfluten, nicht anders möglich ist, zu vertauschen mit der mehr innigen und intimeren Art, wie dies bisher auf unseren Versammlungen der Fall war und sicherlich auch diesmal in Frankfurt der Fall sein wird.

Willkommen, herzlich willkommen daher auf dem historischen Boden der alten deutschen Kaiserstadt am Main, der Stätte, in der die so lang erhoffte und ersehnte, für die Entwicklung unserer Industrie so bedeutungsvolle Einigung der deutschen Stämme und der Errichtung des Deutschen Reichs durch das Frankfurter Parlament vorbereitet und durch die Unterzeichnung des deutsch-französischen Friedens besiegelt worden ist. Willkommen aber auch in der modernsten aller deutschen Städte, an den großen Wasser- und Eisenbahnstraßen, welche, sich hier kreuzend, Nord und Süd und Ost und West nicht mehr wie früher von-

einander trennen, sondern innig miteinander verbinden und die dadurch den fruchtbaren Boden für die Entwicklung der jüngsten, aber nicht minder bedeutungsvollen Industrie, der deutschen chemischen Industrie, abgegeben hat.

Es ist nicht das erste Mal, daß wir in den Mauern dieser herrlichen Stadt weilen und uns hier über den Zweck unseres Vereins — die Förderung unserer Wissenschaft, der Chemie, und ihrer Vertreter — unterhalten. Erinnern wir älteren Mitglieder unseres Vereins, der damals noch den mehr einseitigen Namen „Deutsche Gesellschaft für angewandte Chemie“ trug, uns doch noch mit großem Vergnügen der Zeit, als wir vor 14 Jahren, im Juni 1895, 3 köstliche Tage hier verbrachten und aufs herzlichste nicht nur von unseren hiesigen Kollegen, nicht nur von der in- und außerhalb befindlichen Industrie, sondern auch von der städtischen Bevölkerung selbst, unter Führung ihres bewährten und allverehrten Oberbürgermeisters, des Herrn Dr. A d i c k e s, aufs herzlichste begrüßt und empfangen worden sind. Aber wie hat sich in dieser doch nur kurzen Spanne Zeit vieles geändert und manches anders gestaltet.

Damals war die Zahl unserer Mitglieder noch klein, nur 1120 akademisch gebildete Chemiker gehörten unserem Verein an. Heute, nach Ablauf von noch nicht dreimal 5 Jahren, sind wir fast viermal so groß geworden, mehr als 4000 Chemiker und Vertreter chemischer Firmen sind jetzt im Verein deutscher Chemiker zusammengeschlossen.

Unsere Hauptversammlungen waren damals nicht nur schwach besucht, sondern meist waren auch nur die Vertreter der angewandten Chemie anwesend. Bei der Behandlung der wissenschaftlichen Aufgaben überwogen die analytischen Thematika. Wie ist auch das anders geworden. Heute sind unsere Versammlungen der glanzvolle Sammelplatz geworden, wo sich jährlich einmal alle Vertreter der Chemie — Wissenschaftler und Techniker, Gewerbeunternehmer und Angestellte — zusammenfinden, um als Kollegen desselben Standes und Berufes ihre gemeinsamen Interessen zu beraten und diese zu wahren und zu fördern, ihre Erfahrungen auszutauschen und sich dadurch gegenseitig anzuregen und zu belehren und last not least daneben im geselligen Verkehr mit einander Bekanntschaften zu erneuern und persönliche und geschäftliche Freundschaft zu schließen. Ein Blick auf das große und interessante, dabei auch allgemein wissenschaftliche Programm genügt, um zu zeigen, wie wir unsere Vereinsbestrebungen durch die Einfüh-

rung der allgemeinen Sitzungen und im letzten Jahre durch die Errichtung der Fachgruppen nicht nur verbreitert, sondern auch vertieft haben.

Damals vor 14 Jahren standen zwar auch schon bei den Beratungen in der geschäftlichen Sitzung die Standesfragen im Vordergrund des Interesses. Es war vor allem die Ausbildung der Chemiker und das zu jener Zeit von uns geforderte Staatsexamen, mit dem wir uns beschäftigten. Auch heute noch ist diese wichtigste aller Fragen nicht von unserem Programm verschwunden, wenn sie auch eine andere Gestalt angenommen hat und in der dauernden Hebung der Vorbildung und Verbesserung des mathematisch-naturwissenschaftlichen und speziell des chemischen Unterrichts gipfelt. Wie die von mir früher angefangene und dann von der Geschäftsführung fortgeführte, in Heft 38 (1909) unserer Zeitschrift publizierte Statistik über die Vorbildung der Verbandsexamenskandidaten und der Doktoranden zeigt, ist die Zahl der Nichtabiturienten in unserem Berufe, welche vor 10 Jahren noch 50% und mehr betrug, langsam gesunken und hat im Wintersemester 1908/09 nur noch 14% und 12% betragen. Von diesen waren aber wiederum 83% Apotheker, so daß nur 3% gegen früher 30% der Nichtabiturienten übrig bleiben, welche Nichtapotheker sind. Unterstützen wir also die Apotheker in ihrem ersten Bestreben, auch für ihren Beruf das Abiturientenexamen durchzusetzen, so steht damit auch die auf unserem Programm befindliche wichtige Frage unmittelbar vor ihrer Lösung.

Doch eine Unmenge neuer Fragen — oder besser gesagt, Probleme — sind inzwischen aufgetaucht und harren der Klärung und Lösung. Trotz der Schwierigkeiten, die es bot, und der Sorge, die dabei auftretenden Gegensätze zu versöhnen, sind wir den sozialen Fragen nicht aus dem Wege gegangen, sondern haben denselben frei und frank ins Auge geschaut und sie auf das Programm unseres Vereins gesetzt. Durch Schaffung eines sozialen Ausschusses, der paritätisch aus Gewerbeunternehmen und Angestellten in gleicher Zahl, unter Vorsitz unseres unparteiischen Rechtsbeistandes besteht, haben wir im letzten Jahre in Jena den Boden geschaffen, auf dem ohne Neid und Haß, ohne Furcht und Groll, die Versöhnung vermeintlicher Gegensätze durchgeführt werden soll. Wenn dabei beide Teile nie vergessen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Fabrikbesitzer oder Direktoren und Angestellte, ein Glied verbindet, dessen Blüten und Gedeihen von höchster Bedeutung für sie beide ist, dessen Niedersinken sie beide an den Abgrund bringt, nämlich das Unternehmen, die Fabrik, das Geschäft selbst, so wird und muß das richtige Gleichgewicht in dem Widerstreit der nun einmal nicht aus der Welt zu schaffenden Interessengegensätze gefunden werden, zumal, wenn es sich, wie bei uns, um Männer von gleicher Bildung, von gleicher gesellschaftlicher Stellung, um Vertreter ein und desselben Berufs handelt, um Männer der Praxis, die Freud und Leid miteinander zu teilen verbunden sind.

Gerade um diesen sozialen Standesfragen nicht nur nachzugehen, sondern dabei Erfolg zu erzielen, vor allem aber, um auch nach außen hin eine Macht zu werden, mit der man rechnen muß, um dem

Stande der Chemiker in der Gesetzgebung und im öffentlichen Leben die ihm gebührende, aber noch nicht überall geltende Anerkennung zu verschaffen, ist es erforderlich, daß alle Mann an Bord kommen, damit wir mit Volldampf vorangehen können. Da darf dann niemand zagend, zweifelnd oder grollend beiseite stehen, da müssen sich alle deutschen Chemiker zusammenschließen und unserem Verein beitreten.

Weit davon entfernt, die Wirkung der Masse zu überschätzen und die Bedeutung der Persönlichkeit in unserer Zeit gering zu achten, muß im Zeitalter der Herrschaft der Masse auch unsere Arbeit darauf gerichtet sein, nach dem Gesetze der Massenwirkung, sicheren Erfolg zu erzielen. Darum, ihr lieben Kollegen alle, zumal hier im Brennpunkt der deutschen chemischen Industrie, in und um Frankfurt herum, die ihr noch nicht eingesehen habt, wie wichtig es für euch wie für uns ist, daß ihr Mitglieder unseres Vereins seid, kommt herbei, schließt euch uns an, tretet ein in unsere Reihen und tragt mit dazu bei, nicht nur das Gewicht der Masse zu vermehren, sondern auch, und diese Aufgabe werden wir nie aus dem Auge verlieren, sie immer besser und edler zu gestalten. Ihr werdet bald sehen, wie recht wir haben, wenn wir behaupten, daß wir damit euch und uns nützen. Der bisherige Erfolg, den wir schon erzielt, spricht für uns und nicht für euch, die ihr abseits am Wege steht.

Seit unserer letzten Hauptversammlung zu Frankfurt hat sich aber auch vieles in dieser schönen Stadt und ihrer Umgebung verändert. Wer Augen hat zu sehen, wer Vergleiche zwischen In- und Ausland ziehen konnte, wozu ja die internationalen Kongresse eine günstige Gelegenheit sind, der muß staunen vor dem gewaltigen Aufschwung, den Deutschlands Industrie, Handel und Gewerbe genommen, ohne daß die Landwirtschaft dabei zu Schaden gekommen, der muß beobachten, wie an allen Ecken und Enden im deutschen Reiche, bei klein und groß, bei reich und arm in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung ein ungeahnter Fortschritt erzielt worden ist. Zwar ist dem hochgehobenen Berg einer Welle günstiger Entwicklung im letzten Jahre ein tiefes Wellental niedergehender Konjunktur gefolgt, und noch heute hält dieser Tiefstand in manchen Zweigen der Industrie an. Auch die deutsche chemische Industrie hat zum ersten Mal nach langer Zeit darunter leiden müssen. Doch nicht lange hat es gedauert. Vermöge ihrer Internationalität und des über die ganze Welt betriebenen Handels hat sich unsere Industrie bereits erholt und ihren altgewohnten Fortgang in der Weiterentwicklung ihres Absatzes genommen. Um Frankfurt herum sind die dort liegenden chemischen Fabriken größer und größer geworden, haben an Zahl ihrer Arbeiter und Beamten, zumal auch der Chemiker, sich ins Ungemessene vermehrt und bieten die Aussicht auf weitere glanzvolle Entwicklung. Da ist es doppelt schön und angenehm für unseren Verein, in den gastlichen Mauern dieser Stadt, die die Gründer dieser Industrie und die Träger ihrer Namen beherbergt, zu weilen und mit vielen hier ansässigen Kollegen, Hochschul- und Geschäftsfreunden einige Tage zusammen verbringen zu dürfen.

Dank, herzinnigen Dank allen, der Verwaltung dieser Stadt, die uns gestern in so glanzvoller Weise zu sich zu Gast geladen, und den Ehren- und geschäftsführenden Ausschüssen für die Mühe und Arbeit, die sie bei der Vorbereitung dieser festlichen Woche gehabt haben. Ganz besonders gilt den hiesigen wissenschaftlichen Vereinen und zumal dem Physikalischen Verein unser Gruß und dem letzteren auch unser ganz besonderer Dank dafür, daß er uns seine herrlichen Fest- und Arbeitsräume in diesem neuen der Wissenschaft geweihten Palast für unsere Tagung zur Verfügung gestellt hat.

Liebe Kollegen, und Sie alle, die Sie als Ehrengäste oder als Freunde unseres Vereins von überall her, aus allen Teilen des deutschen Reiches, und, obgleich Sie mit in London waren, dennoch nach hier gekommen sind, um sich am Born der Wissenschaft zu laben und mitzuarbeiten an der Lösung der uns gestellten Aufgaben, seien Sie alle im Namen des Vereins deutscher Chemiker nochmals herzlichst begrüßt und willkommen geheißen.

Es bereitet uns besondere Freude, auch diesmal wieder einige unserer Ehrenmitglieder um uns zu sehen. Neben unserem allverehrten Altmeister der Farbenchemie, Heinrich Caro, der trotz seines hohen Alters ungeschwächten Anteil an unserem Verein und seinen Bestrebungen nimmt und als früherer Vorsitzender und damit als Mitglied des Vorstandsrats gestern in der Vorstandsratsitzung mitgewirkt hat und neben Prof. Dr. Ferdinand Fischer, Göttingen, dem Gründer des Vereins, begrüße ich ganz besonders unser jüngstes Ehrenmitglied, Herrn Medizinalrat Dr. E. A. Merck, den wir im vorigen Jahre in Jena einstimmig auf den Schild der Ehrenmitgliedschaft gehoben haben. Auch von den übrigen sieben Ehrenmitgliedern, die verhindert sind, an unserer Hauptversammlung teilzunehmen, sind uns durch Brief und Telegramm freundliche Wünsche übermittelt worden. Indem wir die Grüße auch dieser unserer besten Freunde herzlichst erwidern, möchte ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, heute eines derselben ganz besonders zu gedenken. Am nächsten Sonntag wird im Kreise der Schüler, Freunde und Kollegen in Zürich der 70. Geburtstag Georg Lunges festlich begangen, nachdem am 20./4. d. J. das 50jährige Doktorjubiläum gefeiert worden ist. Was der Name Georg Lunge für die chemische Wissenschaft und Industrie und nicht minder für die zahlreichen in der Technik angestellten und dort seinem Vorbild erfolgreich nacheifernden Chemiker bedeutet, braucht im Kreise der Fachkollegen nicht besonders hervorgehoben zu werden. Jeder Chemiker kennt seine Arbeiten auf dem Gebiete der technischen Chemie und weiß, welch wichtiges Rüstzeug er dem in der Praxis stehenden Techniker mit seinen weltbekannten und berühmten Büchern in die Hand gegeben hat. Möge der Mitbegründer unseres Vereins, der frühere Vorsitzende und das jetzige Ehrenmitglied, Dr. Georg Lunge, Zürich, der frühere Professor am eidgenössischen Polytechnikum, uns allen als guter Freund, als hochverehrter Lehrer, als hervorragender Wissenschaftler noch lange, lange erhalten bleiben.

Nunmehr erkläre ich die 22. Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker für eröffnet.

Wir beginnen, indem wir zuerst unsere Ehrengäste begrüßen, die in großer Zahl unserer Einladung gefolgt sind und heute in unserer Mitte weilen.

Verehrte Vereinsgenossen. Von den Reichs- und Staatsbehörden ist leider, im Gegensatz zu früher, infolge der Verfügung, aus Sparsamkeitsgründen den Besuch von Kongressen möglichst einzuschränken, kein Vertreter erschienen. Alle haben bedauert, nicht kommen zu können.

Von dem Oberpräsidenten, Se. Exzellenz Herrn Hengstenberg, ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen, in welchem er sein Fernbleiben durch Krankheit entschuldigt.

Als Vertreter dieser Stadt begrüßen wir Herrn Oberbürgermeister Dr. Adickes.

Als Vertreter der Akademie für soziale Handelswissenschaft und des Physikalischen Vereins Herrn Rektor Prof. Dr. Freund.

Von anderen hiesigen Vereinen begrüßen wir die Frankfurter Chem. Gesellschaft,

die Elektrotechnische Gesellschaft,

den technischen Verein, alle drei durch Herrn Dr. Bechhold vertreten.

Von befreundeten Vereinen können wir begrüßen:

den Verein zur Wahrung der Interessen der chem. Industrie Deutschlands, vertreten durch seinen Vors. Herrn Prof. Dr. Lepsius, Griesheim, der gleichzeitig auch

die deutsche Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemie vertritt;

sodann den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands, vertreten durch Herrn Dr. Popp, Frankfurt, der gleichzeitig auch

die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker und

die Vereinigung öffentlicher analytischer Chemiker Sachsens vertritt;

den Verein österreichischer Chemiker, vertreten durch Herrn Dr. Bein, Berlin;

den Deutschen Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums, vertreten durch Herrn Prof. Osterrieth und Herrn Patentanwalt Mintz;

den Verein Deutscher Ingenieure, vertreten durch Herrn Dir. dipl. Ing. Köster;

den Verein der Zellstoff- und Papierchemiker, vertreten durch Herrn Dr. Max Müller und Herrn Prof. Schwalbe;

die deutsche Sektion des Vereins der Lederindustriechemiker, vertreten durch Herrn Prof. Dr. Becker, Frankfurt, der uns ein Begrüßungsschreiben übermittelt hat.

Vors.: Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Oberbürgermeister Dr. Adickes.

Oberbürgermeister Adickes: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich die freundlichen Glückwünsche, die ich gestern Abend Ihnen zugerufen, in dieser feierlichen Eröffnungsversamm-

lung nochmals wiederhole. Das Programm, das Sie erledigen wollen, ist außerordentlich bedeutungsvoll; es repräsentiert die beiden Richtungen, die in Ihrem Verein so eng vereinigt sind: die Pflege der Wissenschaft und die Pflege Ihrer beruflichen Interessen. Ihr Herr Vors. hat die große soziale Bedeutung der Arbeit, die Sie auf dem Gebiete leisten, bereits hervorgehoben, und hat gesagt, daß es gelungen ist, ein Einverständnis zwischen den Besitzern der Fabrik und den Angestellten in sehr wichtigen Fragen herbeizuführen. Ich beglückwünsche Sie aufrichtig zu diesem Ergebnis und hoffe, daß die Generalversammlung dem zustimmen wird.

Ich wünsche auch im übrigen, daß Ihre Beratungen den allerbesten Erfolg haben mögen. Daß wir hier in Frankfurt, das ja heute wiederum als eigentliches Zentrum der chemischen Industrie bezeichnet worden ist, Ihren Verhandlungen mit größtem Interesse folgen werden, brauche ich nicht besonders zu versichern.

Neben gutem Erfolg für Ihre Verhandlungen wünsche ich aber auch, daß Sie ein gutes Andenken von Frankfurt mit in die Heimat nehmen und, wenn einige Zeit abgelaufen ist, dann gern wieder nach Frankfurt zurückkehren.“ (Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. Freund: „Hochansehnliche Festversammlung! Im Namen des Vorstandes des Physikalischen Vereins und gleichzeitig als derzeitiger Rektor der Akademie heiße ich Sie herzlich willkommen. Es ist uns eine große Freude, daß wir Gelegenheit haben, Ihnen unsere Auditorien für Ihre Verhandlungen zur Verfügung zu stellen, und ich möchte Sie bitten, nicht nur von diesen Auditorien, sondern auch hier von den Instituten und drüben in der Akademie von den Sammlungen, von der Bibliothek Kenntnis zu nehmen und dieselben zu besuchen, damit Sie einen Begriff bekommen, in welchem Umfange hier Hilfsmittel für den akademischen Unterricht vorhanden sind.

Da viele von Ihnen von weit herkommen, aus den verschiedensten deutschen Gauen und mit den Aufgaben und Zielen des physikalischen Vereins einerseits und der Akademie andererseits nicht vertraut sind, so möchte ich mir gestatten, einige Worte darüber zu sagen.

Der Physikalische Verein blickt auf das Alter von 84 Jahren zurück, und wenn man bedenkt, daß seine Gründung in einer Zeit erfolgte, wo die Naturwissenschaften noch nicht ein Allgemeingut der Gebildeten waren wie heute, wenn man berücksichtigt, daß die Gründung hier in einer Handelsstadt erfolgte von Bürgern, die durch ihren Beruf mit der Wissenschaft eigentlich gar keine Fühlung hatten, so wird man zugeben müssen, daß hier eine ganz einzig dastehende Betätigung idealer Gesinnung vorliegt.

Zunächst hatten sich einige Bürger nur zusammengefunden, um gesprächsweise sich über die Fortschritte der Physik und Chemie auf dem Laufenden zu halten. Aber bald machte sich das Bedürfnis fühlbar, einen Dozenten anzustellen, und in jener nun so weit zurückliegenden Zeit haben Männer allerersten Ranges an dem Physikalischen Verein gewirkt. Ich brauche nur einige Namen zu nennen, wie Ernst Abbe, Friedrich Kohlrausch, Rud. Böttcher.

War zunächst nur ein Dozent für Physik und Chemie gemeinschaftlich vorhanden, so machte der Fortschritt in der Entwicklung dieser Wissenschaften es notwendig, eine eigene Dozentur für Chemie und eine solche für Physik zu errichten. Gleichzeitig wurden Laboratorien angelegt, wenn auch nur in bescheidenem und kleinem Umfange; aber es waren Institute zu einer Zeit, wo die Universitäten über gleichartige Institute überhaupt noch kaum verfügten. Ein eigenes Gebäude wurde in der Stiftsstraße errichtet, von dem man glaubte, daß es viel zu groß wäre für das Bedürfnis des Vereins; aber schon nach 20 Jahren hatte sich die Entwicklung des Vereins derartig gestaltet, daß das Gebäude zu klein wurde; war doch die mächtig aufstrebende Elektrotechnik zu den übrigen wissenschaftlichen Zweigen hinzugetreten, die auch ihren Raum verlangte, so daß für alles nicht mehr Platz im alten Hause war. So kam es, daß eine Verlegung der Institute hierher nach der Viktoria-Allee geplant und ausgeführt wurde, und zwar mit einer Opferwilligkeit der Bürgerschaft, wie sie wohl einzig dasteht.

Blickt so der Physikalische Verein auf ein ehrwürdiges Alter zurück, so ist die Akademie eine neue Schöpfung, die erst vor 8 Jahren ins Leben gerufen wurde. Ihre Verfassung ist eine rein universitätsmäßige; frei und unabhängig steht sie da. Während die Universitäten sich in Fakultäten gliedern, ist die Akademie, organisatorisch betrachtet, eine Einheit. Immerhin lassen sich doch auch schon hier zwei Abteilungen unterscheiden. Die eine umfaßt diejenigen Disziplinen, die sich mit der Grundlage unserer gesamten materiellen Kultur beschäftigen, mit dem Staat, mit der Rechtsordnung, dem Wirtschaftsleben und der Technik; die Hauptaufgabe dieser Abteilung ist der Betrieb und die Förderung der Handelshochschule, an welcher einerseits Lehrer für die staatlichen und städtischen Handelshochschulen herangebildet werden, andererseits Kaufleute, die die betreffenden Fächer in wissenschaftlicher Beleuchtung kennen zu lernen Gelegenheit haben. Nebenher verfolgt diese Abteilung auch den Zweck, Angehörigen anderer gelehrter Berufsarten die Gelegenheit zur Erwerbung national-ökonomischer und staatswissenschaftlicher Kenntnisse zu geben, und sie sucht diese Aufgabe zu erreichen, nicht nur durch reguläre Vorlesungen, sondern auch durch Abhaltung von speziellen Kursen. So findet z. B. in jedem Semester ein etwa zwölfwöchentlicher Fortbildungskurs für höhere Verwaltungsbeamte an der Akademie statt, zu welchem Regierungsräte, Landräte usw. aus allen Bundesstaaten hierher entsendet werden.

Die andere Abteilung, die an der Akademie zu unterscheiden ist, umfaßt diejenigen Fächer, welche an den Universitäten in der philosophischen Fakultät vereinigt sind. Im Anfange ihres Bestehens hat die Akademie insbesondere die philologisch-historischen Fächer weitgehend ausgebaut und zwar so, daß nicht nur den hiesigen Oberlehrern Gelegenheit zur Fortbildung gegeben ist, sondern daß auch Kandidaten des höheren Schulamts einen Teil ihrer Studien hier ablegen können, und daß ihnen diese Zeit als ordnungsmäßige Vorbereitung für das Staatsexamen angerechnet wird.

In der allerletzten Zeit hat die Akademie die ihr neu zugeflossenen Mittel zum Ausbau der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer verwendet, und wenn sie in dieser Richtung große Fortschritte gemacht hat, so ist das lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß sich der Physikalische Verein und die Akademie vereinigt haben, um gemeinsam diese Disziplin hier zu fördern. So kommt es, daß die schönen Institute, welche sich hier in diesem Hause befinden, das physikalische, das chemische, das elektrotechnische, die Sternwarte und das meteorologische Institut vertragsmäßig auch der Akademie für die Übungen ihrer Studierenden zur Verfügung stehen, und daß die Direktoren dieser Institute, welche Dozenten hier am Physikalischen Verein sind, gleichzeitig dem Dozentenkollegium der Akademie angehören. Was speziell die Chemie betrifft, so wird es Sie interessieren, daß in allerjüngster Zeit eine weitere Entwicklung auf diesem Gebiet sich vollzogen hat, indem ein Lehrstuhl für physikalische Chemie errichtet worden ist. Auf diesen Lehrstuhl ist Herr Prof. Lorenz aus Zürich berufen worden, der die Berufung angenommen hat und demnächst seine Tätigkeit hier beginnen wird.

Sie sehen daraus, daß die Akademie und der Physikalische Verein bemüht sind, so wie es an den Universitäten und Technischen Hochschulen der Fall ist, die Chemie in Wissenschaft und Technik zu fördern; Sie erkennen daraus auch, wie viele nahe Beziehungen zwischen den Bestrebungen der Akademie und des Physikalischen Vereins einerseits und denen des Vereins deutscher Chemiker andererseits existieren. In dem Gefühl der Zusammengehörigkeit dieser Bestrebungen sind die Glückwünsche, die ich heute hier darbringe, ganz besonders innig und herzlich. Möchte der Verlauf Ihrer Verhandlungen von bestem Erfolg gekrönt sein, so daß die hohen Ziele, die Sie anstreben, in jeder Weise gefördert werden.“ (Lebhafter Beifall.)

Dr. P o p p : Hochansehnliche Versammlung! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie namens der Freien Vereinigung Deutscher Nahrungsmittel-Chemiker, des Verbandes selbstständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands und des Vereins analytischer Chemiker Sachsens hier zu begrüßen. Das sind also diejenigen Korporationen, in denen sich die beamteten und nichtbeamteten öffentlichen Chemiker und Analytiker zusammengeschlossen haben, um ihre Sonderinteressen unabhängig von dem Verein deutscher Chemiker zu pflegen. Dabei stehen sie aber in den allgemeinen Fragen auf demselben Boden wie der Verein deutscher Chemiker, und die meisten unserer Mitglieder sind ja auch Mitglieder dieses Vereins. Der gemeinsame Standesausschuß zeugt ja auch dafür, daß wir fruchtbar gemeinsam arbeiten können, und so haben wir auch das größte Interesse an den Ergebnissen dieser Hauptversammlung. Wir danken für Ihre freundliche Einladung zu derselben und wünschen dieser Hauptversammlung gedeihlichen Verlauf.“ (Bravo!)

Dr. B e i n : „Hochansehnliche Versammlung! Ich habe mich eines ehrenvollen Auftrags zu entledigen, indem ich dem Verein deutscher Chemiker den verbindlichsten Dank für die auch in diesem

Jahre dem Verein österreichischer Chemiker zuteil gewordene Einladung ausspreche. Der Verein österreichischer Chemiker hat bekanntlich die gleichen Ziele wie der deutsche Verein. Er wünscht daher vollen Erfolg zu dieser Tagung und läßt den Vorstand und die Versammlung bestens grüßen.“ (Bravo!)

Dr. B e c h h o l d : „Hochansehnliche Versammlung! Trotzdem Frankfurt weder eine Universität noch eine Technische Hochschule besitzt, werden Sie doch bereits aus den Ausführungen von Herrn Prof. Freund den Eindruck gewonnen haben, daß wissenschaftliches Leben hier herrscht, und wenn Sie die hiesigen Institute besichtigen, so dürfte sich dieser Eindruck wohl noch verstärken. Es wird Sie somit nicht wundernehmen, wenn auch die wissenschaftlichen Vereinigungen hier blühen und gedeihen, und wenn in Frankfurt nicht weniger als drei Vereine bestehen, die sich die Pflege der Chemie zum Ziel gesetzt haben. Die Chemische Gesellschaft zu Frankfurt a. M. hat den Zweck, Fachleuten Gelegenheit zu wissenschaftlicher Aussprache zu bieten und Vorträge über wissenschaftliche Fachfragen entgegenzunehmen. Prof. Petersen, der Vors. dieses Vereins, ist leider verhindert, der heutigen Tagung beizuwohnen, und so ist mir der Auftrag geworden, in seiner Vertretung die Versammlung im Namen der Chemischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. zu begrüßen.

Ich habe ferner den ehrenvollen Auftrag im Namen der Elektrotechnischen Gesellschaft und des Technischen Vereins Sie willkommen zu heißen und einen glücklichen Erfolg Ihrer Tagung zu wünschen.“ (Bravo!)

Dir. K ö s t e r : „Hochansehnliche Versammlung! Namens des Vereins deutscher Ingenieure habe ich die Ehre, dem Verein Deutscher Chemiker für seine freundliche Einladung zur Hauptversammlung besten Dank auszusprechen. Die beiden Vereine sowohl wie die durch sie verkörperten Berufsarten haben eine große Zahl von Berührungspunkten, was ein gegenseitiges Interesse bedingt und sichert, und was sich auch durch die Zugehörigkeit vieler Mitglieder zu beiden Vereinen ausdrückt.

Unter den an Universitäten und Technischen Hochschulen betriebenen Wissenschaften spielen die Chemie und die Ingenieur-Wissenschaft eine bedeutende Rolle für unser Wirtschaftsleben, — einerseits indem chemische Industrie, Hüttenwesen und Maschinenbau in großem Maße an der Gütererzeugung teilnehmen, andererseits indem sie anderen deutschen Industrien das Rüstzeug liefern, um im wirtschaftlichen Wettkampf der Nationen untereinander mit Erfolg zu bestehen.

Mehrere Ihrer Verhandlungsgegenstände, z. B. das Patentrecht und soziale Fragen, beschäftigen gegenwärtig auch den Verein Deutscher Ingenieure, und so ist es naturgemäß, daß letzterer nicht nur Ihren Verhandlungen lebhaftes Interesse entgegenbringt, sondern Ihren Beratungen auch vollen und ganzen Erfolg wünscht, zum Wohle Ihrer Vereinsmitglieder, zur Förderung der Wissenschaft, der Technik und Industrie.

V o r s. : „Wünscht noch einer der Herren das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann, meine

hochverehrten Gäste, danke ich Ihnen im Namen des Vereins herzlich für die freundlichen Willkommengrüße, die Sie uns dargebracht und die Worte der Anerkennung, die Sie uns gezollt haben. Wir wollen hoffen, daß alles, was Sie uns gewünscht, in Erfüllung geht, zum Segen unserer Wissenschaft, unserer Industrie und unseres Standes. An uns wird es nicht fehlen, uns dieser Wünsche würdig zu zeigen.

Wenn der Herr Oberbürgermeister so lebenswürdig war, uns erneut zu bitten, gelegentlich einmal wiederzukommen, so kann er versichert sein: daß wir gern, herzlich gern wieder hier nach Frankfurt kommen werden. (Bravo!)

Hochverehrte Festversammlung! Wie stets auf unserer Hauptversammlung, so wollen wir auch heute in dieser Stadt, in der im Jahre 1356 Karl IV. das unter dem Namen „goldene Bulle“ bekannte Reichsgrundgesetz erließ, wonach Frankfurt zur Wahlstadt der Kaiser des alten deutschen Reichs erklärt wurde, wo dann später auch die Krönungen vollzogen wurden — wir wollen auch auf unserer diesjährigen Hauptversammlung der alten Gepflogenheit treu bleiben und an Seine Majestät den Deutschen Kaiser ein Telegramm absenden, für das wir folgenden Wortlaut vorschlagen:

Seiner Majestät
dem Deutschen Kaiser,
Mergentheim.

Dem machtvollen Schirmherrn des inneren und äußeren Friedens, deutschen technischen Strebens und Könnens allezeit verständnisvollem Förderer bringt zu Beginn seiner diesjährigen Tagung in Frankfurt am Main ehrerbietigste Huldigung dar

Der Verein deutscher Chemiker.
I. A.: Prof. Duisberg, Vors.
(Bravo!)

„Hochverehrte Damen und Herren! Auch in diesem Jahre habe ich die Ehre und große Freude, die goldene Liebig-Denkmünze, welche am 12. Mai 1903, dem 100jährigen Geburtstag Justus Liebig's, vom Verein für hervorragende Leistungen gestiftet worden ist, diesem zum Gedächtnis und als Ansporn und Lohn für schaffende und forschende deutsche Chemiker verleihen zu können.

Diesmal ist es ein Vertreter der Glasindustrie, dem auf Beschluß des Vorstandes nach vorausgegangener Beratung mit den Ehrenmitgliedern des Vereins diese hohe Vereinsauszeichnung zufällt, Herr Dr. Otto Schott zu Jena, der vor wenigen Monaten das 25jährige Jubiläum der von ihm gegründeten und mächtig aufgeblühten Glaswerke Schott und Genossen gefeiert hat.

Otto Schott, von Jugend auf dem geheimnisreichen Vorgange der Glasentstehung nahe, hat auf diesem Gebiete chemischer Forschung und hüttenmännischer Technik Hervorragendes geschaffen beinahe drei Jahrzehnte lang. Einem der ältesten Rohstoffe hat er neue Eigenschaften hinzuzufügen verstanden, der Technik und der Anwendung des Glases neue Bahnen gewiesen. Was die von Schott veredelte Glassubstanz der Wissenschaft geworden ist für Optik, Astronomie und exakte Wärmemessung ist weltbekannt; im Jenaer Normalglase erstand ihr ein unentbehrliches Rüstzeug. Mit seiner methodischen Vermehrung

der glasbildenden Elemente hat Schott nicht nur die uralte Glasschmelzkunst und die neue Glaschemie gefördert, sondern durch die neuen physikalischen Eigenschaften seiner Gläser zur Fortentwicklung auf weitem Gebiete naturwissenschaftlicher Erkenntnis beigetragen, als Technologe es verstanden, von kleinen Anfängen ausgehend, eine deutsche Glaserzeugungsstätte zu schaffen, die ohne gleichen ist in der Welt. Ihm, dem dies alles gelang, verleiht daher in Anerkennung und Dankbarkeit

seine goldene Liebig-Denkmünze
der Verein deutscher Chemiker.

Lebhaft bedauern wir, daß der Träger dieser Denkmünze durch eine dringende geschäftliche und aus Gesundheitsrücksichten nicht zu verschiebende Reise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika leider nicht hier anwesend sein kann, damit wir ihm persönlich unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen. An seiner Stelle hat Herr Dr. Schott jedoch seinen Mitarbeiter, Herrn Dr. Schaller gesandt, dem ich hiermit das Original zur Übermittlung an den neuen Inhaber übergebe, und der uns nachher aus dem reichen Schatz der wissenschaftlichen Beobachtungen und Erkenntnisse der Glaswerke Schott interessante Mitteilungen machen und uns so in die Arbeits- und Denkweise des von uns Geehrten einführen wird.

Nummehr, meine hochverehrten Damen und Herren, treten wir in die eigentliche Tagesordnung ein; ehe wir das tun, möchte ich ein Telegramm vorlesen, das unser New-Yorker Bezirksverein, der bekanntlich mächtig blüht und gedeiht, uns gesandt hat:

„New-York sendet beste Wünsche.
(Bravo!)

Nummehr gebe ich das Wort Herrn Geh. Rat Dr. Bauer-Marburg zu seinem Vortrag über: „Künstliche Edelsteine“ (siehe diese Z. S. 2177). (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vors.: „Meine hochverehrten Damen und Herren! Sie haben Ihrem Dank schon Ausdruck gegeben. Ich glaube, wir haben selten einen so interessanten Vortrag gehört, interessant vor allen Dingen auch für die Damen, die selbstverständlich von jetzt ab nur noch künstliche Rubine tragen werden.“ (Heiterkeit.)

Prof. Lepsius: „Hochverehrte Versammlung! Ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich mit der Begrüßung, die ich Ihnen entgegenzubringen habe, zu spät komme. Ich bin gestern Abend von der Tagung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands von Bonn zurückgekommen und fand heute morgen so dringende Geschäfte vor, daß ich erst jetzt in der Lage gewesen bin, hierher zu kommen. Ich habe den Auftrag von diesem Verein, der ja zu dem Ihrigen in vielfachen Beziehungen und in guter Freundschaft steht, die herzlichsten Grüße und Wünsche für Ihre Tagung auszusprechen.

Wir haben in Bonn lebhaft Debatten gehabt über Gegenstände, die auch auf der hiesigen Tagesordnung stehen, und es wird mehrfach Gelegenheit sein, in der geschäftlichen Sitzung auf die Be-

schlüsse des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie zurückzukommen. Ich hoffe und wünsche, daß auch der Verein deutscher Chemiker sich den Beschlüssen, die wir in Bonn gefaßt haben, anschließen möchte.

Ich habe ferner die Ehre, Sie ebenso herzlich zu begrüßen von der Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemie, die, wie Ihnen bekannt ist, vor Pfingsten in diesem Jahre in Aachen getagt hat. Von diesen beiden Gesellschaften bringe ich Ihnen einen herzlichen Zuruf und wünsche, daß die hiesigen Beratungen von bestem Erfolg begleitet sein mögen. (Bravo!)

Vors.: „Ich danke auch Herrn Prof. Lepsius, dem Vors. des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, für die freundlichen Worte, die er zugleich im Namen der Bunsengesellschaft für physikalische Chemie an uns gerichtet hat, und hoffe, daß das freundschaftliche Verhältnis, das seit Jahren sich angebahnt hat zwischen dem Verein deutscher Chemiker und dem Verein zur Wahrung sich immer inniger gestalten möge, damit beide Vereine zum Heil unserer Industrie und unseres Standes zwar getrennt marschieren, aber vereint schlagen.“ (Bravo!)

Das Wort hat Herr Dr. Schaller, Jena, zu seinem Vortrag über: „Fortschritte der Glasindustrie

in Jena seit 25 Jahren.“ (Siehe diese Z. S. 2369). (Lebhafter Beifall.)

Vors.: „Ich danke auch Herrn Dr. Schaller für seinen hochinteressanten Vortrag“.

Nummehr darf ich Herrn Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Ehrlich begrüßen. Nach dem Mineralogen und dem Chemiker kommt nunmehr der Mediziner an die Reihe; aber Sie werden bald merken, er ist ein ebenso guter Chemiker wie wir selbst, ja, er führt Sie in ein ganz neues, von ihm ausgebautes Gebiet ein: „In die Biochemie“.

Vortrag des Herrn Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Ehrlich über: „Die Grundlagen der experimentellen Chemotherapie.“ (Siehe diese Z. 23, 1 [1910]) (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Vors.: Meine hochverehrten Damen und Herren! Ihr rauschender Beifall hat schon in genügender Weise dem Dank Ausdruck gegeben, den wir Herrn Geh. Rat Ehrlich schulden. Sie haben sich davon überzeugt, wie ich schon einleitend sagte, welch hervorragender Chemiker er ist, und er braucht daher eigentlich unsere Bundesgenossenschaft nicht. Inbezug auf die gute Nachbarschaft, die er uns angeboten, schlagen wir gern in die dargereichte Hand ein, und zollen dem Begründer der Chemotherapie unsere volle Hochachtung und Bewunderung, ihm weitere gute Erfolge wünschend.

Geschäftliche Sitzung

in der Aula der Akademie, nachmittags 3 Uhr.

Vors. Prof. Dr. Duisberg: „M. H.! Ich eröffne die geschäftliche Sitzung des Vereins. Ich konstatiere, daß die Einberufung ordnungsgemäß erfolgt ist und ernenne zum Schriftführer Herrn Prof. Rassow. Zur Beglaubigung des Protokolls bitte ich folgende Herren nach Schluß der Sitzung noch anwesend zu bleiben: Dr. A. Langfurth, Dr. A. Pusch, Dr. Flemming, Dr. Heß, Dr. Bammann, Dr. W. Flimm, Dr. Gartenschläger.“

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie bitten, mitzuhelfen, daß wir bei den Gegenständen formeller Natur im Automobiltempo vorwärts kommen, dagegen aber etwas länger bei den wichtigeren Punkten verweilen, um diese eingehend zu besprechen.“

1. Der Geschäftsbericht des Vorstandes

liegt gedruckt vor (s. S. 2514) und wird genehmigt.

2. Jahresrechnung für 1908, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes (s. S. 2521).

Dir. Lütty: „M. H.! Die Abrechnung liegt in Ihren Händen; ich brauche nur dann ein Wort darüber zu verlieren, wenn irgend eines der verehrten Mitglieder eine Auskunft zu haben wünscht.“

Vors. läßt den Bericht der Rechnungsprüfer (s. S. 2522) verlesen.

Dr. Langfurth: „Ich beantrage, daß wir unter bestem Dank für die große Arbeit, die unser Vorstand, besonders Herr Dir. Lütty, und unsere Herren Beamten für uns geleistet haben, dem Vorstand Entlastung erteilen.“

Vors.: „Es ist Entlastung des Vorstandes

beantragt; es erhebt sich kein Widerspruch, die Entlastung ist ausgesprochen.“

3. Haushaltsplan für das Jahr 1910.

Dir. Lütty: „M. H., der Haushaltsplan liegt Ihnen ebenfalls im Geschäftsbericht gedruckt vor; Sie ersehen daraus daß wir voraussichtlich im Jahre 1910 mit 4150 Mitgliedern rechnen können, daß wir aber naturgemäß im stillen hoffen, diese Zahl wesentlich zu überschreiten. Ich möchte nur die Einleitung des Geschäftsberichts ins Gedächtnis zurückrufen. Es wäre mir ein besonderes Vergnügen, wenn ich im nächsten Jahre in der Hauptversammlung konstatieren könnte, daß Sie dem Wunsche des Vors. entsprochen haben, und jeder von Ihnen ein neues Mitglied gewonnen hat.“

Wir werden im nächsten Jahre voraussichtlich mit dem Voranschläge vollständig bilanzieren, wir können vielleicht hoffen, mit einem kleinen Überschuß abzuschließen.“

Der Haushaltsplan wird angenommen.

4. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer.

Vors.: „Wir schreiten zunächst zur Wahl zweier Rechnungsprüfer. Die Herren Prof. Dr. Kolb und Dr. Flimm haben ihres Amtes so trefflich gewaltet, daß der Vorstandsrat vorschlägt, beide Herren wiederzuwählen.“ (Zustimmung.)

„Sodann kommen wir zur Wahl eines Ersatzmannes für Herrn Dr. Carstens. Herr Dr. Carstens ist vor einiger Zeit von Hannover, wo er in Stellung war, in die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. in Elberfeld eingetreten, weil

seine Firma die Zahlungen einstellte. Er ist der Meinung gewesen, es wäre nicht richtig, daß zwei Vorstandsmitglieder einer Firma angehören, und hat infolgedessen an den Vorstandsrat die Bitte gerichtet, ihn mit Beendigung der Hauptversammlung seines Amtes zu entbinden. Vorstand und Vorstandsrat haben sich dieser Auffassung nicht verschließen können, gerade in dem vorliegenden Falle, wo es sich bei Herrn Dr. Carstens um die Wahl eines Angestellten im Vorstand handelt, so daß der Vorstandsrat leider den Rücktritt des Herrn Dr. Carstens annehmen mußte. Herr Dr. Carstens ist uns ein außerordentlich angenehmer, liebenswürdiger und entgegenkommender Kollege gewesen und hat sich eifrig an allen Arbeiten beteiligt; wir danken ihm im Vorstande namens des ganzen Vereins von Herzen für die Opfer, die er als Angestellter in dieser Richtung gebracht hat, und ich bitte Sie, diesem Dank dadurch Ausdruck zu geben, daß Sie sich von den Sitzen erheben. (Geschicht.)

„Gestern ist nun der Vorstandsrat in Beratung darüber eingetreten, wen wir Ihnen an Stelle des Herrn Dr. Carstens zur Wahl in den Vorstand vorschlagen sollen. Es war für uns selbstverständlich, daß wir niemand anders nehmen konnten als einen Herrn, der im Angestelltenverhältnis steht, weil es der Wunsch des Vorstandes und des Vorstandes ist, trotz des inzwischen in Kraft getretenen Sozialen Ausschusses, auch in seiner Mitte ein Mitglied zu haben, das die Verhältnisse der Angestellten aus eigener Erfahrung, und zwar nicht aus der Vergangenheit, sondern der Gegenwart kennt; und von diesem Gesichtspunkte geleitet, ist gestern in Aussicht genommen worden, Herrn Dr. Flemming, zurzeit stellvertretenden Vors. des Sozialen Ausschusses, als Nachfolger des Herrn Dr. Carstens zu empfehlen, und Sie zu bitten, ihn in den Vorstand zu wählen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen. — Ich darf Herrn Dr. Flemming fragen, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen?“

Dr. Flemming: „Ich nehme die Wahl mit Dank an und werde mich bemühen, das in mich gesetzte Vertrauen nach besten Kräften zu rechtfertigen.“ (Bravo!)

Dr. Carstens: M. H.! Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen und speziell unserem Herrn Vors. für die Worte zu danken, die an mich gerichtet worden sind. Als vor drei Jahren der Ruf an mich erging, in den Vorstand einzutreten, war ich in dem Verein deutscher Chemiker nicht weiter bekannt; ich habe nur meine Pflicht getan, als ich diesem Ruf folgte, und habe mich bemüht, das Vertrauen, das Sie in mich gesetzt hatten, zu rechtfertigen; aus Ihrer Zustimmung zu den Worten des Herrn Vors. darf ich entnehmen, daß mir das gelungen ist. Wenn ich jetzt mein Amt als Mitglied des Vorstandes niederlege, so will ich damit nicht meine Tätigkeit im Dienste des Vereins einstellen, sondern werde mich bemühen, auch fernerhin als Mitglied des Vereins, soweit es in meinen Kräften steht, zu dessen bestem zu wirken, in dem Bewußtsein, daß in einem Stand wie dem unserigen, der erst beginnt, sich zu konsolidieren, es nötig ist, daß alle für einen und einer für alle eintritt.“ (Bravo!)

(Der Vors. und Prof. Dr. Delbrück verlassen den Saal.)

Stellvertr. Vors. Dir. Dr. Krey: „M. H.! Der Herr Vors. und Herr Geheimrat Delbrück scheiden mit dem Ende dieses Kalenderjahres aus ihrem Amte aus. Nach den Satzungen ist eine einmalige Wiederwahl zulässig. Ich schlage Ihnen ohne jede weitere Begründung vor, die beiden Herren wiederzuwählen und rechne auf Ihre einstimmige Zustimmung zu diesem Vorschlage. (Bravo!) Es erhebt sich kein Widerspruch, ich nehme an, daß die Herren Prof. Dr. Duisberg und Prof. Dr. Delbrück einstimmig von Ihnen wiedergewählt sind.“ (Bravo!)

(Die Genannten betreten den Saal wieder, von anhaltendem Beifall und Händeklatschen empfangen.)

Dir. Dr. Krey: „Die Versammlung hat Sie, m. H., wiedergewählt, ich frage, ob Sie die Wahl annehmen?“

Vors. Prof. Dr. Duisberg: „Ich danke Ihnen für den erneuten Beweis Ihres Vertrauens, den Sie mir durch die Wiederwahl erwiesen haben.

Ich habe mich wirklich wiederholt geprüft in doppelter Richtung, ob ich das Recht habe, mich wiederwählen zu lassen, als ein dahingehender Antrag an mich herantrat; in erster Linie, weil es ja richtig ist, daß nach einiger Zeit der Vorsitz in andere Hände übergehen muß, damit neues Leben in den Verein kommt, neue Auffassungen und Ideen sich ausleben können. Ich habe mich auch gefragt, ob es mir bei meiner außerordentlich in Anspruch genommenen Zeit möglich ist, die Arbeitslast, die der Verein immer noch erfordert, auf mich zu laden. Ich kann nur sagen, in beiden Beziehungen habe ich die Auffassung, daß es doch ganz gut ist, daß wir in den Satzungen die einmalige Wiederwahl vorgesehen haben, und zwar um deswillen, weil ein Zeitraum von drei Jahren zu kurz ist, um — sagen wir, ein aufgestelltes Programm durchzuführen, und weil es ganz richtig ist, eine gewisse Konstanz in der Leitung zu wahren. Ich nehme also die Arbeit von neuem auf mich; Sie wissen ja ganz genau, daß kein Verein, dem ich angehöre, mir so ans Herz gewachsen ist wie der Verein deutscher Chemiker; mit keinem bin ich so verwachsen, und keine Interessen stehen für mich höher als die Interessen des Berufs, dem ich selbst angehöre, zumal ich die Zeit noch genügend im Gedächtnis habe, in der der Chemiker überhaupt kein Ansehen in der Welt hatte, sondern es sich erst erkämpfen mußte. Wir sind noch nicht so weit, werden aber so weit kommen, daß wir sagen können: wir haben erreicht, was wir wollten, und ich würde mich freuen, wenn ich das noch erleben könnte. In diesem Sinne bitte ich Sie, meinen Dank für die Wiederwahl anzunehmen.“ (Lebhaftes Bravo!)

Geheimrat Prof. Dr. Delbrück: „Ich danke Ihnen für das mir bewiesene Vertrauen und nehme die Wiederwahl mit großer Freude an.“ (Lebhaftes Bravo!)

5. Ernennung eines Ehrenmitgliedes.

Vors.: „Der Vorstand hat folgenden Antrag bei dem Vorstandsrat eingebracht, der Vorstandsrat hat diesen Antrag gestern zu dem seinigen

gemacht und bittet Sie, dem zuzustimmen (Vgl. S. 2525). (Antrag und Begründung werden gelesen und von der Versammlung mit lebhaftem Beifall angenommen.)

„Herr Geheimrat Graebe ist noch nicht anwesend, ich hoffe aber zuversichtlich, daß er noch kommen wird; ich habe ihn hierher gelockt, und er hat mir versprochen, zu erscheinen.“

6. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1910.

Vors.: „M. H.! Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen vor, die nächste Hauptversammlung, wie schon in Jena in Aussicht genommen war, auf Grund der uns dort zur Verfügung gestellten liebenswürdigen Einladung des Bayrischen Bezirksvereins in München abzuhalten, und zwar wieder wie gewöhnlich in der schönen Pfingstwoche, beginnend am 18. und endigend am Sonntag den 22./5. Es wünscht hierzu ein Vertreter des Bayrischen Bezirksvereins das Wort.“

Dr. Landsberg: „M. H.! ich will mich ganz kurz zweier Aufträge entledigen. Der erste ist von dem Ortskomitee bzw. der Ortsgruppe, die sich in München gebildet hat, an deren Spitze wir die große Freude haben, unser geschätztes Ehrenmitglied, Exzellenz von Baeyer, stehen zu sehen, und der außerdem die Herren Prof. Dr. Lintner und Prof. Dr. G. Schultz angehören. Die Herren haben sehr bedauert, daß sie heute hier nicht erscheinen können, und haben mich beauftragt, ihre herzliche Einladung hier mündlich zu wiederholen; sie werden alles aufbieten, um Ihnen den Münchener Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten.

Den gleichen Auftrag habe ich auch von dem Bezirksverein Bayern, früher Mittelfranken, dessen Wirkungskreis sich nunmehr über ganz Bayern erstreckt. Auch der Bezirksverein wird nach Möglichkeit dazu mitwirken, Ihnen den Aufenthalt in München zu einem angenehmen zu gestalten.“ (Bravo!)

Vors.: „Ich danke Herrn Dr. Landsberg, vor allem aber dem Bayrischen Bezirksverein und der Ortsgruppe München für diese Einladung, die ja sicherlich von Ihnen angenommen wird; denn wer würde nicht gern nach München gehen, wo mancher von uns studiert hat, und wo — für uns alle sicherlich ein Magnet erster Klasse — unser ältestes Ehrenmitglied, Exzellenz von Baeyer, noch in voller Rüstigkeit des Geistes und Körpers waltet, und derjenige sein wird, der sich freut, uns dort persönlich willkommen zu heißen.

Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen, dann ist München als Ort, und der 18. bis 22./5. als Zeit der nächsten Hauptversammlung von Ihnen genehmigt.

Sodann handelt es sich darum, wo wir — nicht beschließen, sondern in Aussicht nehmen wollen, die übernächste Hauptversammlung abzuhalten. In der Vorstandsratssitzung gestern Nachmittag ist über Stettin und Breslau verhandelt worden. Von beiden Seiten waren wir in gleich liebenswürdiger Weise eingeladen worden. Breslau war in Aussicht genommen, weil dort die neue technische Hochschule eröffnet wird, Stettin, weil wir dort dem Pommerschen Bezirksverein gern unseren Besuch abstatten wollen, und da Stettin die Anziennität

hatte, und von dort die erste Einladung erging, so hat man in Aussicht genommen, im Jahre 1911 nach Stettin und im Jahre 1913 nach Breslau zu gehen. Ich frage Sie, ob Sie einen anderen Vorschlag zu machen haben? — Das geschieht nicht. Sie sind also mit dem Vorschlag des Vorstandsrats einverstanden.“

7. Berichte des Vorstandes.

a) Vereinszeitschrift.

Dir. Lütty: „Meine verehrten Herren! Ich möchte darauf hinweisen, daß wir mit Ablauf des vorigen Jahres 5 Jahre lang die Zeitschrift im Alleinbesitz hatten. Dieser Alleinbesitz ist von uns ausgenutzt worden, um die Zeitschrift, soweit es irgend mit den vorhandenen Mitteln möglich war, zu entwickeln, und ich glaube, daß Sie mir zustimmen werden, wenn ich sage, die Redaktion und die Geschäftsführung des Vereins hat das denkbar Möglichste getan.

Einige Zahlen, die Ihnen das beweisen sollen.

Während wir im Jahre 1904, im ersten Jahre des Alleinbesitzes, 4096 Exemplare absetzten, sind wir im vorigen Jahre auf 5090 gekommen, d. h. die Zeitschrift hat einen wirklichen Absatz von einem Viertel mehr erreicht. Dabei nimmt natürlich der Verein die erste Stellung ein, indem die von ihm bezogene Anzahl von 3092 auf 4150 gestiegen ist; aber auch der Absatz des Buchhandels ist gestiegen von rund 840 auf rund 980.

Wenn auch dieser Fortschritt ein ziemlich bedeutungsvoller ist, so vermessen wir doch immerhin noch, was wir zu erreichen dachten, nämlich die Zeitschrift lukrativ zu gestalten, und um das zu erreichen, bitte ich Sie wiederholt, auch Ihre Anstrengungen mit den unserigen zu vereinigen. Schaffen Sie uns erstens neue Mitglieder des Vereins, schaffen Sie uns zweitens von Ihren Firmen oder von Ihrer eigenen Person ausgehend Anzeigen, damit die Geldquellen der Zeitschrift besser fließen. Der Gesamtüberschuß der Zeitschrift, der im Jahre 1904 mit einem Minus von 5400 M glänzte, ist in der Zwischenzeit über die Zahlen 6750, 3840, 6354 zu 1097 M gelangt. Dieser Niedergang im Ergebnis der Zeitschrift ist darauf zurückzuführen, daß wir es für nötig gehalten haben, den Umfang der Zeitschrift dadurch zu vermehren, daß wir alles, was an älteren Referaten vorhanden war, im Jahre 1908 zum Abdruck brachten, um aktuell zu werden. Wir haben infolgedessen im Jahre 1908 2624 Seiten Text gebracht gegenüber 2272 Seiten im Jahre 1907 und 2142 im Jahre 1906. Selbstverständlich wurde dadurch der Voranschlag wesentlich überschritten.

Ich möchte bei der Gelegenheit noch bemerken, daß der Absatz der Zeitschrift auch in diesem Jahre eine ganz erfreuliche Weiterentwicklung gefunden hat, indem wir jetzt schon rund 5250 Exemplare absetzten bei einer Auflage von 5600.

Ich bitte Sie nochmals, in jeder Weise die Ausgestaltung der Zeitschrift dadurch zu fördern, daß Sie Mitglieder werben und uns Inserate zuführen.“

Vors.: „Es ist der Antrag gestellt, den Überschuß dem Zeitschriftenfonds zuzuführen. Es erhebt sich kein Widerspruch.“

b) Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im abgelaufenen Jahre (vgl. S. 2527).

Prof. Dr. R a s s o w: „M. H.! Sie haben eben gehört, daß wir im Laufe des letzten Jahres, um den Referatenteil der Zeitschrift vollständig zu modernisieren und dadurch mit den Referaten immer auf dem Laufenden zu sein, verstärkte Hefte herausgegeben haben; es war das durch ein dankenswertes Entgegenkommen des Vorstandes möglich. — Das dürfte das wichtigste Ergebnis des vergangenen Jahres sein. Ich glaube, daß die großen Kosten, die dafür aufgewendet worden sind, nicht vergeblich aufgewendet wurden.“

Wir haben im übrigen an Form und Inhalt im alten Jahr nichts Wesentliches geändert. Wir haben ungefähr die gleiche Zahl Aufsätze, etwas mehr wie in vorigen Jahre, und haben den wirtschaftlichen Teil der Zeitschrift in dem gleichen bewährten Sinne wie früher fortgesetzt. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Zeitschrift noch mancher Verbesserungen fähig ist. Es ist gestern im Vorstandsrat ausführlich darüber debattiert worden, und die Herren können versichert sein, daß jeder Wunsch, der an uns herantritt, sorgfältig geprüft und soweit als möglich auch berücksichtigt werden wird.“

c) Stellenvermittlung (vgl. S. 2530).

Prof. Dr. R a s s o w: „Ich habe dazu nur zu bemerken, daß eine erfreuliche Vermehrung der ausgeschriebenen Stellen zu konstatieren ist. Es geht daraus hervor, daß unsere Stellenvermittlung ein wirklich notwendiges Glied in den Vereins-einrichtungen bildet, und ich bitte Stellengeber wie Stellennehmer, sich aufs eifrigste bei vorkommender Gelegenheit dieser Einrichtung zu bedienen.“

d) Rechtsauskunftsstelle (vgl. S. 2529).

Prof. Dr. O s t e r r i e t h: „M. H.! Sachliche Folgerungen möchte ich an die kurze Übersicht, die auf S. 2529 dieser Z. abgedruckt ist, nicht knüpfen; dazu scheint mir das Material nicht ausreichend. Es wird sich meines Erachtens erst in einigen Jahren übersehen lassen, wie die Rechtsauskunftsstelle wirkt, und was sie erreichen kann.“

In den ersten 8 Monaten des Jahres 1909 sind bis jetzt im ganzen 51 Anfragen eingelaufen, so daß wir, da im Herbst die Anzahl immer etwas wächst, ungefähr auf die gleiche Zahl wie im Vorjahre kommen werden. Von diesen 51 Anfragen betreffen jetzt schon 20 die Konkurrenzklausel, 40 allgemeine Vertragsauslegung; Vertragsauflösung, Kündigung und Rücktritt 11; Beratung bei Vertragsabschluß 3, Versicherung 3, Angestellten-erfindung 2, Verschiedenes 2.

Sie haben schon aus dieser kurzen Übersicht ersehen können, daß die Frage, die die Angestellten am meisten interessiert, die Konkurrenzklausel betrifft. Wir werden ja später noch über diese Frage verhandeln. Eigentümlich ist, daß im vorigen Jahre die Frage der Angestellten-erfindung an dritthöchster Stelle stand, nämlich in 11 Fällen der Gegenstand einer Anfrage war und im laufenden Jahre erst in zwei Fällen.

Das ist eigentlich alles, was ich zu sagen hätte. Ich möchte nur nochmals an alle Herren die Bitte richten, die Rechtsauskunftsstelle möglichst voll-

ständig von dem Erfolg und der Wirkung unserer Beantwortung in Kenntnis zu setzen, denn erst dadurch wird es möglich, die Wirksamkeit der Rechtsauskunftsstelle richtig zu beurteilen.

V o r s.: „Ich danke Herrn Prof. O s t e r r i e t h für sein Referat, vor allem aber auch für die unermüdete Tätigkeit, die er als Rechtsbeistand des Vereins ausgeübt hat. Sie haben ja das Vertrauen zu ihm, und ich bitte Sie, in recht großem Maße Gebrauch von der sehr nützlichen Einrichtung zu machen.“

e) Statistik der Chemiker und Chemie Studierenden für das Jahr 1908 (vgl. S. 2531).

Prof. R a s s o w: „M. H.! Wir haben im Jahre 1908 die Statistik zum zweiten Male aufgestellt und haben das erfreuliche Resultat, daß eine Anzahl von Firmen mehr als im Jahre 1907 uns Mitteilungen gemacht hat. Wir haben im Jahre 1908 von rund über 400 Firmen Mitteilungen bekommen, in denen 2330 Chemiker angestellt waren. Interessant ist, daß bei den Firmen, die im Jahre 1907 und 1908 geantwortet haben, die Zahl der angestellten Chemiker trotz der andauernd schlechten Konjunktur nicht ab, sondern um 4% zugenommen hat.“

Die Zahl der Chemie Studierenden hat sich im Jahre 1908 nicht wesentlich verändert, dagegen hat abgenommen die Zahl derjenigen Studierenden, die ohne Abschlußexamen bloß mit dem sog. Verbandsexamen die Universität oder die Technische Hochschule verlassen. Es ist das ein sehr erwünschtes Resultat, da wir natürlich das Streben haben, daß nur voll ausgebildete Chemiker von der Hochschule in die Praxis übergehen.“

f) Adressenverzeichnis sämtlicher deutscher Chemiker. Antrag des Vereinsvorstandes auf Herausgabe eines Mitglieder-almanachs deutscher Chemiker.

Prof. Dr. R a s s o w: „M. H.! Das Adressenverzeichnis, das wir im vorigen Jahre hergestellt haben, wird nicht sehr fleißig benutzt; es sind im ganzen Jahre nur 8 Anfragen gekommen, die wir, soweit es möglich war, beantwortet haben. Das war aber nicht in allen Fällen möglich; viele Chemiker gehören überhaupt keinem Verein an, und unsere Liste basiert größtenteils auf den Mitgliederlisten der Vereine.“

V o r s.: „Es liegt gleichzeitig zu diesem Punkt der Tagesordnung ein Antrag des Vorstandes vor auf Herausgabe eines Almanachs des Vereins deutscher Chemiker. Dieser Wunsch ist vor 2 oder 3 Jahren von Freund L a n g f u r t h ausgesprochen worden; wir haben ihm damals noch nicht Rechnung tragen können, weil wir die Zeit noch nicht für gekommen erachteten, haben aber jetzt die Sache wieder aufgenommen und schlagen Ihnen vor, folgenden Antrag anzunehmen:

„Der Vorstand wird ermächtigt, in Verhandlungen mit einem Verleger darüber einzutreten, daß ein Almanach deutscher Chemiker unter Beschränkung auf die Mitglieder des Vereins hergestellt wird, nachdem eine Rundfrage bei den Mitgliedern einen genügenden, die Selbstkosten deckenden Absatz ergeben hat.“

Finanziell sind wir ja arme Leute, wir können nichts aufwenden, um den Almanach auf Vereins-

kosten drucken zu lassen, sondern wir müssen sehen, daß wir die erforderlichen Kosten bei den Abnehmern herausholen. Nun haben wir einen sehr schönen Weg eingeschlagen, der Ihnen hoffentlich gefallen wird. Wir wollen nämlich nicht alle Chemiker aufnehmen, sondern nur die, die Mitglieder unseres Vereins sind. Da möchte ich einen deutschen Chemiker sehen, der sich jetzt nicht sofort in unseren Verein aufnehmen läßt. Wir wollen es dahin bringen, daß es heißt: wer nicht in dem Almanach steht, ist kein deutscher Chemiker. Das ist die Rechtfertigung der Beschränkung, die wir Ihnen vorschlagen.

Ein solcher Almanach ist wirklich von großer Bedeutung für uns alle. Er wird auch noch die Bekanntschaft der einzelnen Herren untereinander fördern, und wir sind überzeugt, daß wir eine genügende Zahl Abnehmer finden werden, so daß das buchhändlerische Unternehmen florieren wird. Wir bitten Sie, den Antrag anzunehmen, und wenn er angenommen wird, die Sache zu unterstützen, indem Sie auf den Almanach abonnieren, so daß wir möglichst bald damit herauskommen. Wie er ungefähr aussehen soll, ist aus dem verteilten Probeblatt ersichtlich.“

Der Antrag wird angenommen.

g) Vermittlungsselle für Vorträge.

Prof. Dr. Rassow: „M. H.! Die Vermittlungsstelle für Vorträge ist im Jahre 1908 in Jena beschlossen und im vorigen Herbst in Szene gesetzt worden. Wir haben eine Anzahl Vortragender; ihre Namen und die Themata ihrer Vorträge werden unseren Bezirksvereinen dreimal im Jahre zugänglich gemacht; eine erneute Liste wird im Herbst herauskommen, und ich bitte diejenigen Fachgenossen, die noch etwas auf dem Herzen haben und den Vereinsmitgliedern davon erzählen möchten, uns recht bald Namen und Themata zu übermitteln. Es stehen auf der Liste ungefähr 15 Herren mit über 50 Themata.

Ich bitte ferner die Herren ganz besonders, die Kenntnis dieser Liste in den Kreisen der nicht speziell chemischen, aber der allgemeinen naturwissenschaftlichen und überhaupt aller Bildungsvereine zu verbreiten, damit in solchen Vereinen gute chemische Vorträge von unseren Vereinsmitgliedern gehalten werden.“

Vors.: „Wünscht jemand das Wort hierzu? Das ist nicht der Fall.

M. H.! Ich sehe, da kommt unser neues Ehrenmitglied.

(Geheimrat Prof. Dr. Graebe tritt ein, mit Bravorufen und Händeklatschen von der Versammlung begrüßt.)

Ich habe das Vergnügen, Herr Geheimrat Graebe, Ihnen mitzuteilen, daß soeben die Versammlung einstimmig beschlossen hat, Sie zum Ehrenmitglied des Vereins zu ernennen, das ist die höchste Auszeichnung, die der Verein zu vergeben hat, die Ihnen aber in vollem Maße gebührt, weil Sie nicht nur wissenschaftliche, sondern auch technische Leistungen vollzogen haben, die als solche ersten Ranges dastehen. Ich gestatte mir, Ihnen dazu unsere herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.“

Geheimrat Prof. Dr. Graebe: „Dem Vor-

stande wie der hohen Versammlung sage ich meinen herzlichen Dank. Ich weiß die Ehre vollkommen zu schätzen und bin glücklich, daß Sie sie mir verliehen haben.“ (Bravo!)

h) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen. Erstattet v. Dr. Karl Goldschmidt, Essen.

Auf der vorjährigen Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker im Juni ist der Wunsch ausgedrückt worden, daß ich wie bisher so auch weiterhin alljährlich Ihnen einen kurzen Bericht über den derzeitigen Stand der Frage der ausländischen Studierenden auf deutschen Hochschulen erstatte.

Viel Neues ist in dieser Sache nicht zu melden, und ich beschränke mich im folgenden darauf, Ihnen eine Übersicht über die Statistik in dieser Frage, sowie über einige öffentliche Erörterungen derselben zu geben.

Allgemein möchte ich vorausschicken, daß die Zahl der Ausländer, die auf deutschen Hochschulen studieren, seit dem Wintersemester 1906/07, wo sie am größten war, ständig gesunken ist.

Im Sommerhalbjahr 1908 ist die Zahl der Ausländer an den deutschen Universitäten zurückgegangen auf 3594, d. i. bei einer Gesamtzahl der Studierenden von 47 799 = 7,5%. Davon waren 1373 (= 38%) Russen; die absolute Zahl der Russen ist dabei ebenfalls etwas zurückgegangen, nämlich von 1466 im Winter vorher auf 1373. An erster Stelle hinsichtlich des Besuches von Ausländern steht Berlin mit 13,3%; es folgen Leipzig mit 12,3, Heidelberg mit 11,6, Jena mit 9,7, Halle mit 9,3, München mit 8,9, Königsberg mit 8,6%; am wenigsten Ausländer studierten in Tübingen, Kiel, Rostock (je 2,6%) und Münster (0,6%).

Im Wintersemester 1908/09 stieg die Zahl der Ausländer wieder etwas, nämlich auf 4077, d. i. von 48 718 Studierenden insgesamt = 8,4%. Diese Steigerung ist mit zurückzuführen auf einen stärkeren Zufluß aus Rußland. Unter den 4077 Ausländern waren diesmal 1584 = 39% Russen. Hinsichtlich des Ausländerbesuches steht auch im Wintersemester an erster Stelle Berlin mit 13,7%; es folgen Leipzig mit 12,5, München mit 11, Heidelberg mit 10,9, Halle mit 10,7, Königsberg mit 10,3, Jena mit 9,6. Die geringste Zahl von Ausländern weisen auf Rostock mit 2,3%, Tübingen mit 2, Kiel mit 1, Münster mit 0,3%.

Auf den beiden preußischen landwirtschaftlichen höheren Schulen (Hochschule Berlin und Akademie Bonn-Poppelsdorf) waren im Sommersemester 1908 unter 1279 Studierenden 165 = 13% Ausländer.

Hinsichtlich der deutschen Bergakademien möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse in Freiberg i. S. lenken. Dort waren im Winter 1908/09 unter 442 Studierenden nicht weniger als 237, d. h. 53,6% Ausländer, davon allein 129 Russen, d. h. 29% aller Studierenden! Und dabei ist doch eine gewisse Besserung festzustellen insofern, als im Winter 1906/07 nicht weniger als 60,5% Ausländer in Freiberg studierten.

Die Frage des Studiums der Ausländer auf den technischen Hochschulen war u. a. Gegenstand der Erörterung in der 27. Sitzung der

Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses. Dem gedruckten Berichte ist eine Statistik über die Zahl der Ausländer an den preußischen technischen Hochschulen vom Sommersemester 1897 ab beigelegt, auf die ich mich im nachfolgenden stütze, obwohl darin nicht ausschließlich die Studierenden, sondern diese zusammen mit den Hörern berücksichtigt sind. Danach war das Verhältnis auf den preußischen technischen Hochschulen folgendes: Sommer 1908: In Aachen unter 621 Besuchern 92 (= 14,8%) Ausländer, Berlin unter 2291 Besuchern 338 (= 14,7%), Hannover unter 1015 Besuchern 50 (= 4,9%) und Danzig unter 623 Besuchern 29 (= 4,6%) Ausländer. Für das Wintersemester 1908/09 sind die entsprechenden Zahlen: Aachen 664 — 99 (= 14,9%), Berlin 2438 — 378 (= 15,5%), Hannover 991 — 53 (= 5,3%), Danzig 690 — 37 (= 5,3%). Es sind also die absoluten wie die relativen Zahlen der Ausländer im letzten Semester gegenüber dem vorhergehenden etwas gestiegen. Immerhin müssen wir mit dieser Zahl zufrieden sein, da sie einen Rückgang der Ausländer, insbesondere der Russen seit 1907 zeigt. Wenn schon die Zahlen für Aachen (14,9%) und Berlin (15,5%) recht hoch erscheinen, so ist doch zu berücksichtigen, daß diese Ausländer zum Teil jene uns stets erwünschten Gäste sind, die, mit guter Vorbildung ausgestattet, unseren Hochschulen zur Zierde gereichen. Bei den verschärften Aufnahmebedingungen für Ausländer an den preußischen Hochschulen dürfte die Zahl der unerwünschten Fremden gering sein. Ganz anders liegen die Verhältnisse auf einigen der nicht preußischen Hochschulen: Im Winter 1908/09 waren in Dresden unter 873 Studierenden 239 = 27,4% Ausländer, in Darmstadt unter 1158 Studierenden 341 = 29%, und in Karlsruhe unter 1329 gar 520 = 39% Ausländer; von letzteren waren 331, d. h. 25% aller Studierenden Russen. Der außerordentlich große Zudrang der Ausländer zu den Hochschulen, an denen mildere Aufnahmebedingungen herrschen, beweist, daß ein sehr großer Prozentsatz der sich zum Studium auf deutsche Hochschulen drängenden Ausländer nicht die von uns verlangte, der deutschen gleichwertige Vorbildung hat, sondern aus jenen minderwertigen Elementen besteht, denen im eigenen Lande teilweise die Schätze der Weisheit vorenthalten sind, die aber wissen, daß sie trotz ihrer geringeren Vorbildung und trotz mancher anderen Mängel auf gewissen deutschen Hochschulen noch immer gern gesehene Gäste sind. Recht bedauerlich ist es deshalb, daß laut Meldungen einiger Tageszeitungen für die Technische Hochschule Darmstadt anstelle der verschärften Aufnahmebedingungen, die in den letzten zwei Jahren in Kraft waren, in der Hauptsache die früheren wieder eingeführt werden, die an die Vorbildung geringere Anforderungen stellen. Man begründet diese Neuveränderung mit dem ziemlich bedeutenden Rückgang der Zahl der Studierenden, der eine Folge der schärferen Aufnahmebedingungen sein soll, berücksichtigt dabei aber anscheinend nicht, daß die Gesamtzahl der Studierenden auf technischen Hochschulen in den letzten zwei Jahren — wohl infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage von Industrie und Technik — bedeutend zurückgegangen ist.

Auch der deutsche Reichstag hat sich in seiner 205. Sitzung vom 12. Februar 1909 mit der Frage des Studiums der Ausländer auf deutschen Hochschulen beschäftigt; man hat dabei die Bewegung gegen ein Überhandnehmen des Ausländerturns auf deutschen Hochschulen als „chauvinistisch“ bezeichnet. Der Herr Abgeordnete Dr. Frank, Mannheim hat sich zu der Behauptung verstiegen: „Die deutschen Professoren seien sehr froh, wenn die ausländischen Studenten in den Auditorien die Plätze einnehmen, welche die deutschen Studenten leer lassen, wenn sie ihren Kater ausschlafen“. Die ausländischen Studenten strömen uns zu wegen des hohen Standes, den die deutsche Wissenschaft in der Welt einnimmt. Und angesichts dieser Tatsache wagt ein Vertreter des deutschen Volkes im Reichstage eine Bemerkung, die die Deutschen als Faulenzer und Säuer den fleißigen Fremden gegenüberstellt. Nur die grundsätzlich vaterlandsfeindliche Haltung der Sozialdemokratie ermöglicht eine derartige hässliche Entstellung der Tatsachen. Mit allem Nachdruck erhebe ich Widerspruch gegen derartige Verdächtigungen und Verunglimpfungen unserer deutschen akademischen Jugend! Letztere hat noch immer bewiesen, daß sie sich ihrer Pflichten gegen die Allgemeinheit wie gegen sich selbst bewußt ist. Auch die Bezeichnung „chauvinistisch“ muß zurückgewiesen werden. Wir wollen, wie ich dies an dieser Stelle wiederholt auseinandergesetzt habe, die Ausländer gar nicht von dem Besuche unserer wissenschaftlichen Bildungsstätten ausschließen, wir verlangen nur, daß jene nicht bevorzugt werden! Unbedingt muß verlangt werden, daß sie die gleiche Vorbildung haben, wie wir sie von dem deutschen Hochschüler fordern, und dann, daß der deutsche Studierende durch den Andrang von Ausländern nicht um die Möglichkeit gebracht wird, sich durch Arbeiten im Laboratorium oder im Zeichensaal weiter zu bilden. In erster Linie sind die deutschen Hochschulen für den deutschen Studierenden da! Die gewaltigen Zuschüsse, die die Unterhaltung unserer Institute jährlich erfordert, sind von deutschen Steuerzahlern geleistet, das sollte nie vergessen werden!

Dr. Karl Goldschmidt: „Zu diesem Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht brauche ich nur wenig hinzuzufügen. Wir haben feststellen können, daß die beiden größten Bundesstaaten des deutschen Reiches, Preußen und Bayern, sich im großen und ganzen unseren Wünschen angeschlossen und Vorschriften erlassen haben, die den Zudrang mangelhaft vorgebildeter Ausländer an deutschen Hochschulen derart beschränkt haben, daß wir wesentliche Klagen nicht mehr zu führen haben.

Andere Staaten sind dem Beispiel noch nicht gefolgt; so haben wir in Dresden eine erhebliche Zunahme der Ausländer zu beklagen, ebenso in Darmstadt und Karlsruhe. Nun, Deutschland ist ein Bundesstaat, und die Frage des Kultus und Unterrichts liegt in den Händen der einzelnen Staaten, in denen die Verhältnisse in dieser Beziehung verschieden sein mögen, so daß ein einheitliches Vorgehen nicht zu erzielen ist. Nichtsdestoweniger wollen wir uns freuen, daß diese Dinge in Deutschland in den Einzelstaaten entschieden werden, denn im Reichstag würden wir wahrscheinlich

nicht wesentlich bessere Erfahrungen machen. Es ist über die Frage des Studiums der Ausländer an deutschen Hochschulen am 12./2. im Reichstag verhandelt worden, und man hat dort das Streben, den Zuzug der Ausländer an deutschen Hochschulen zu beschränken, als ein chauvinistisches bezeichnet; der Sozialdemokrat Dr. Frank hat sogar gesagt: Die deutschen Professoren seien sehr froh, wenn die ausländischen Studenten in den Auditorien die Plätze einnehmen, welche die deutschen Studenten leer lassen, wenn sie ihren Kater ausschlafen!

Es ist jedenfalls bedauerlich, daß ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei eine derartige Äußerung tut angesichts des hohen Standes, den die deutschen Hochschulen in der Schätzung der ganzen Welt einnehmen.“

Vors.: „Ich danke Herrn Dr. Goldschmidt für sein Referat.“

Geheimrat Möhlau: „M. H.! Wenn wir unter den nichtpreußischen technischen Hochschulen auch mit der geringsten Zahl der Ausländer dastehen, so möchte ich doch bemerken, daß wir seit zwei Jahren noch strengere Vorschriften erlassen haben.

Unter den 239 Ausländern (27,4%), welche im Winter 1908/09 in Dresden eingeschrieben waren, befanden sich 113 Russen (47,3%). Im Sommer 1909 waren 218 Ausländer (24,7%) als Studierende eingeschrieben. Von diesen Ausländern waren 97 Russen (44,5%). Seit zwei Jahren werden in Dresden nur solche Russen als Studierende aufgenommen, welche ein Gymnasium absolviert haben. Absolventen von Real- und Kommerzschnulen werden abgewiesen. Die Gymnasialabiturienten haben zudem noch ein zweisemestriges russisches Hochschulstudium nachzuweisen. Der große Zudrang der Ausländer zur Dresdener Hochschule erklärt sich weniger durch die Handhabung der Aufnahmebedingungen diesen gegenüber als durch den Umstand, daß Dresden als Stadt auf den Fremden von jeher eine große Anziehungskraft ausgeübt hat. Durch ihre geographische Lage und durch geschichtliche Erinnerungen ist Dresden bei Polen und Russen besonders beliebt.“

Geheimrat Hempel: „Ich betrachte es als einen ganz persönlichen Angriff, daß wir in Dresden die Ausländer züchten sollen. Wir sind stolz darauf, daß wir einen großen Teil Ausländer haben, weil wir in wissenschaftlicher Beziehung noch den alten Satz hochhalten: So weit die deutsche Zunge klingt, ist Deutschland. Wir haben eine ganze Menge Schweizer und Österreicher, die als Ausländer rangieren. Wenn wir die abrechnen, so wäre die Zahl wesentlich geringer. (Bravo!) Was die Aufnahmebedingungen anlangt, so sind sie bei uns so streng wie irgendwo; wenn aber junge Leute aus Norwegen und Schweden zu uns kommen, so sind das doch auch Stammverwandte. Wenn Sie diese Leute sehen, so werden Sie sagen, das sind Prachtkerle.“ (Bravo!)

Dr. Goldschmidt: „Zu dem, was Herr Geheimrat Hempel sagte, möchte ich bemerken, daß es für mich schwer ist, festzustellen, wieviel unter den Ausländern aus Österreich-Ungarn oder der Schweiz Deutsche sind; ein großer Teil sind doch Nichtdeutsche, und unter den Russen sind sehr viele Elemente, die wir als unerwünscht

bezeichnen müssen, und gerade in Dresden haben wir im vorigen Jahre konstatieren können, daß die Abnahme der Russen recht stark war, die Zahl hat jetzt wieder zugenommen. Es ist übrigens für einen Außenstehenden nicht möglich, festzustellen, welcher Qualität die Herren sind; ich muß mich auf die Zahl beschränken.“

Geheimrat Möhlau: „Daß wir in Dresden so viele Ausländer haben, das liegt auch an der geographischen Lage. Wir liegen eben der russischen Grenze mit am nächsten, deshalb kommen viele Polen und Russen zu uns, da ihnen Dresden näher liegt als etwa Karlsruhe.“

Vors.: „Es wünscht niemand weiter das Wort. Ehe wir weiter gehen, gestatte ich mir, die Aufmerksamkeit der Herren darauf zu lenken, daß der berühmte Vertreter der organischen Chemie in Paris, Herr Prof. Haller, uns die Ehre zuteil werden läßt, in unserer Mitte zu erscheinen. Ich begrüße ihn aufs herzlichste.“ (Bravo!)

8. Sozialer Ausschuß.

a) Bericht über seine Tätigkeit. (S. S. 2532.)

Prof. Dr. Osterrieth: „M. H.! Der Soziale Ausschuß ist im vorigen Jahre auf der Hauptversammlung zu Jena gegründet worden. Seine Statuten sind in der Vereinszeitschrift abgedruckt.

Das erste, was der Soziale Ausschuß getan hat, war, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Man hat darüber Beschluß gefaßt in der ersten, nach der Hauptversammlung erfolgenden Sitzung. Die Geschäftsordnung ist vom Vorstande genehmigt worden. Schon in Jena in der konstituierenden Sitzung ging man an eine Aufstellung des Arbeitsprogramms, und es schien notwendig, aus der Fülle von Fragen, die sich aufdrängten, zunächst einige herauszugreifen, die als die dringendsten erschienen und eine baldige Bearbeitung verlangten. Wir haben herausgegriffen die Frage der Privatangestelltenversicherung, das Recht der Angestellten-Erfinder und die Frage der Konkurrenzklause.

In der nächsten Ausschußsitzung, im Januar 1909, wurden diese drei Fragen zunächst allgemein einer längeren Besprechung unterzogen, und die Berichterstattung verteilt. Die Berichterstattung über die Privatangestelltenversicherung übernahmen Herr Dr. Quincke und Herr Dr. Scheithauer, über die Frage der Angestellten-Erfinder Herr Dr. Goldschmidt und Herr Dr. Fleming; über die Frage der Konkurrenzklause Herr Dr. Haagn und Herr Dr. Raschig. Die Berichte über die Angestellten-Erfinder und die Konkurrenzklause sind sämtlich in der Zeitschrift veröffentlicht worden. Ich will auf diese beiden letzten Fragen nicht mehr eingehen, da sie den Gegenstand eines besonderen Punktes unserer Tagesordnung bilden.

Was die Frage der Privatangestelltenversicherung betrifft, so kam der Soziale Ausschuß zu der Ansicht, daß wir erst dann mit bestimmten Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten und namentlich erst dann mit anderen Fachverbänden in wirksamer Weise uns in Verbindung setzen können, wenn wir über die Wünsche der großen Mehrheit der Vereinsmitglieder im klaren sind. Es müßte zunächst festgestellt werden, ob überhaupt in den Kreisen der deutschen Chemiker der Wunsch

nach einer Zwangsversicherung besteht. Um das festzustellen, wurde eine Befragung vorgenommen und durch Vermittlung des Vorstandes an sämtliche Bezirksvereine gerichtet. Von diesen Bezirksvereinen haben nur vier die Frage beantwortet, von allen übrigen Bezirksvereinen steht eine Antwort noch aus. Unter diesen Umständen war es für den Sozialen Ausschuß in seiner letzten Sitzung, die gestern stattfand, nicht möglich, in der Frage Stellung zu nehmen. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, im Laufe des nächsten Jahres durch das eingehende Material so weit einen Überblick zu gewinnen, daß wir wenigstens einen Rückhalt haben, um selbständig die Frage zu bearbeiten und daraufhin in Vertretung des Vereins mit anderen Fachvereinen uns in Verbindung zu setzen. Heute ist das nicht möglich, da, wie gesagt, die Stellungnahme von vier Vereinen nicht genügt, um tatsächlich ein Bild zu gewinnen, wie die große Masse der Vereinsmitglieder über die Frage denkt. Es scheint, daß das Interesse an der Frage nicht sehr groß ist. Jedenfalls aber möchten wir nochmals den Versuch machen, die Stimmung unserer Vereinsmitglieder zu erfahren, und möchten jetzt schon an alle Bezirksvereine die dringende Bitte richten, unsere Anfrage doch zu beantworten. Wir werden nochmals ein besonderes Zirkular an die Bezirksvereine erlassen, in dem wir vielleicht noch einmal die Hauptfragen, auf die es ankommt, mit einigen Erläuterungen kurz präzisieren. Ich wiederhole aber nochmals, daß der Soziale Ausschuß sich nicht imstande sehen wird, Beschlüsse von einiger Tragweite zu fassen, wenn er nicht sicher ist, die Mehrheit der Vereinsmitglieder hinter sich zu haben.

Mit diesem Appell an unsere Bezirksvereine möchte ich schließen. Ich kann nur beifügen, daß wir noch einige andere Punkte auf unserem Arbeitsprogramm haben, z. B. die allgemeine Statistik, Hebung des Standes der Chemiker; die Frage des Schutzes gegen Geheimnisverrat, die Fragen, die sich auf den Anstellungsvertrag beziehen, Konventionalstrafen und anderes. Das möchte ich schon jetzt aussprechen: es ist für die Mitglieder des Sozialen Ausschusses, die über ganz Deutschland verteilt sind, sehr schwer, häufig zusammenzukommen. Wir könnten im Jahre eine, zwei, höchstens drei Sitzungen abhalten, alles übrige muß auf schriftlichem Wege geschehen. Außerdem sind die meisten Herren, die Mitglieder des Sozialen Ausschusses sind, durch ihre Berufstätigkeit stark in Anspruch genommen, so daß es ihnen nicht möglich ist, eine größere Reihe von Referaten zu übernehmen. Wenn wir, wie im vorigen Jahre, drei Fragen eingehend bearbeiten und am Schluß zu einem positiven Ergebnis kommen, so ist dies das Maximum der Arbeitsleistung, das dem Ausschuß zugemutet werden kann. Wir werden uns infolgedessen auch in der nächsten Zeit auf einige wenige Fragen beschränken müssen, hoffen aber, im Laufe der Jahre die ganze Materie einigermaßen durcharbeiten zu können.

Zum Schluß möchte ich noch mit Genugtuung feststellen, daß von zwei Vorschlägen, die der Soziale Ausschuß gestern dem Vorstandsrat unterbreitet hat, der eine einstimmig, der andere mit erheblicher Majorität angenommen worden ist.“ (Bravo!)

Vors.: „Ich danke Herrn Prof. Osterrieth für sein eingehendes Referat.“

b) Neuwahl der ausscheidenden Ausschußmitglieder und deren Stellvertreter.

Vors.: „Es scheiden zufolge einer Auslosung (vgl. § 5 der Satzungen des Soz. Ausschusses) aus: Dr. F. Quincke, Leverkusen b. Mülheim a. Rh. und Dir. Dr. W. Scheithauer, Waldau als Mitglieder; Dr. M. Ulrich, Elberfeld, und Dir. F. Russig, Halensee-Berlin, als Stellvertreter.“

Vors.: „Die meisten unserer Abteilungen haben Wiederwahl der ausscheidenden Herren vorgeschlagen. Daher schlägt auch der Vorstandsrat Ihnen vor, daß die ausscheidenden Herren, die wir in der letzten Vorstandssitzung durch Los zum Ausscheiden gebracht haben, wiedergewählt werden. Die Abstimmung muß getrennt erfolgen für unabhängige Chemiker und für angestellte Chemiker. Ich frage zunächst: Sind Sie damit einverstanden, daß von den angestellten Chemikern Herr Dr. Quincke als Mitglied und Herr Dr. Ulrich als stellvertretendes Mitglied in den Sozialen Ausschuß wiedergewählt werden? Kein Widerspruch, Sie sind einverstanden.“

(Die Gewählten erklären, daß sie die Wahl dankend annehmen.)

Sodann frage ich, ob Sie als unabhängige Chemiker — Fabrikhaber oder Leiter usw. — die Herren Dir. Dr. Scheithauer als Mitglied und Dir. Russig als stellvertretendes Mitglied wiederwählen wollen? Kein Widerspruch. Die Herren sind gewählt.

(Die Gewählten nehmen die Wahl an.)

Nun müssen wir noch eine weitere Wahl vornehmen für Herrn Dr. Flemming, der vorhin in den Vorstand gewählt worden ist, und der Mitglied des Sozialen Ausschusses war. Nach sehr reiflichen Erwägungen und eingehender Beratung schlägt Ihnen der Vorstand vor, Herrn Dr. Jäger aus Neuß, Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins, anstelle des Herrn Dr. Flemming in den Sozialen Ausschuß zu wählen. Es erhebt sich kein Widerspruch, dann ist Herr Dr. Jäger gewählt.“

(Dr. Jäger nimmt die Wahl dankend an.)

9. Anträge des Frankfurter Bezirksvereins auf Annahme folgender Resolutionen:

a) Erfinderrecht.

Der „Verein deutscher Chemiker“ ist völlig damit einverstanden, daß das Patentgesetz dahin abgeändert wird, daß der Anspruch auf ein Patent mit dem Rechte der Übertragung grundsätzlich dem Erfinder selbst zusteht. Er stimmt den Vorschlägen des „Deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums“, wie sie auf dem Stettiner Kongreß festgelegt wurden, zu, und zwar soweit die §§ I, III, V und VI in Betracht kommen.

Er erachtet es aber für richtiger, die Festsetzungen, die sich auf die Übertragung beziehen (§ II und IV), wie auch die Entschädigungsfrage vorläufig auszuschalten, weil eine Notwendigkeit, diese Fragen jetzt zu behandeln, nicht vorliegt, und es auch entsprechend erscheint, daß die Re-

gelung dieser nicht im Rahmen des Patentgesetzes, sondern in der Gewerbeordnung erfolgt.

Diesem Antrage hat der Vorstandsrat folgende Form gegeben:

„Der Verein deutscher Chemiker schließt sich den Beschlüssen des Stettiner Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz mit der Maßgabe an, daß der Ziffer II die Worte beigefügt werden: „unbeschadet der Bestimmungen des § 133 des B. G. B. über die Unwirksamkeit sittenwidriger Vertragsbestimmungen.“

Der Verein deutscher Chemiker spricht außerdem die Ansicht aus, daß als gegen die guten Sitten verstoßend solche Vertragsbestimmungen anzusehen sind, durch die den Angestellten eine Vergütung versagt wird für Leistungen, die das Durchschnittsmaß der geschuldeten Leistungen erheblich übersteigen.“

(Dr. Kloeppel (als Berichterstatter) begründet die Anträge des Vorstandsrates zum Erfinderrecht des Angestellten im Sinne seiner schon auf S. 2534 abgedruckten Ausführungen im Vorstandsrat).

Vors.: „Ich eröffne die Debatte.“

A. Kertess: „Ich glaube, m. H., daß die Frage aufgeworfen werden kann, ob es richtig ist, dem Stettiner Kongreß in dieser Weise zuzustimmen. Der Abschnitt IV ist den Angestellten kaum günstig. Auch ist zu berücksichtigen, daß der Verein deutscher Chemiker, der heute etwas über 4000 Mitglieder zählt, zu dieser Frage in entsprechender Weise noch nicht Stellung genommen hat. Herr Dr. Kloeppel sagt wohl mit Recht, daß er persönlich sich bemüht habe, in die Frage einzudringen, aber für den Verein selbst oder seine Hauptversammlung war eine Aussprache noch nicht möglich.

Ich glaube, daß für den Angestellten keine Notwendigkeit vorliegt, dem § IV zuzustimmen; ebensowenig, daß eine Notwendigkeit vorliegt, heute weitergehende Beschlüsse zu empfehlen als die, daß der Erfinder in dem Patent genannt wird. Ich würde daher beantragen, daß wir den einen Teil annehmen, dahingehend, daß der Name des Erfinders unbedingt genannt werden muß; was aber die Prüfung der materiellen Seite betrifft, so wollen wir es bei dem lassen, wie es heute ist. Es besteht bis jetzt vollständige Vertragsfreiheit, und schädigende Momente sind dabei kaum aufgetreten; wenn wir dagegen den Paragraphen so annehmen, wie er hier steht, so wird damit mehr oder minder festgesetzt, daß die Übertragung in allen Fällen zu erfolgen hat.

Was der Soziale Ausschuß uns selbst empfiehlt, ist sozusagen ein Plaidoyer für mildernde Umstände. Kein Mensch kann zu seinem Rechte kommen, wenn es wie in dem Vorschlag heißt: Die Soz. Komm. spricht die Ansicht aus, daß als gegen die guten Sitten verstoßend solche Vertragsbestimmungen anzusehen sind, durch die dem Angestellten eine Vergütung versagt wird für Leistungen, die den Durchschnitt der geschuldeten Leistungen erheblich übersteigen.

Ich bedauere sehr, wenn ich mich in Opposition setzen muß mit der übrigens sehr anerkennenswerten Arbeit des Sozialen Ausschusses; aber es handelt sich hier um Interessen, die wir wahren

müssen und wollen, und wir müssen sie an dieser Stelle wahren. Ich würde daher empfehlen, daß hier eine rege Diskussion einsetze, an der sich sowohl Angestellte wie Unternehmer beteiligen.“

(Vielseitiges Bravo!)

Vors.: „M. H.! Damit diese Diskussion den richtigen Weg nimmt, möchte ich gleich darauf hinweisen, daß ein Antrag, wie ihn Herr Kertess eben gestellt hat, nach unseren Satzungen nicht möglich ist. Nach unseren Satzungen heißt es:

„Der Vorstandsrat entscheidet in solchen Angelegenheiten, die ihm durch die Satzungen vorbehalten sind (Satz 6, 8 und 21), vom Vorstände vorgelegt oder von der Hauptversammlung zugewiesen werden. Insbesondere hat er alle der Beschlußfassung der Hauptversammlung zu unterbreitenden Gegenstände und Anträge, vor allem die Wahlen zum Vorstände, vorzubereiten und in spruchreifer Form mit dem Antrage auf Annahme oder Ablehnung vorzulegen. Während der Hauptversammlung beantragte wesentliche Ergänzungen oder Änderungen der Anträge unterliegen der gleichen Behandlung.“

Mit anderen Worten, der hier vorgelegte Antrag kann von Ihnen nur angenommen oder abgelehnt werden. Wird er abgelehnt, so kann angeregt werden, daß der Vorstandsrat noch einmal zusammentritt und erwägt, wie weit er den vorgelegten Antrag abändern will. Zurzeit haben wir es aber nur mit dem Ihnen vorliegenden Antrag zu tun, und ich bitte Sie, sich ausschließlich damit zu beschäftigen.“

Dr. Goldschmidt: „Ich möchte ein paar Worte sprechen zur Klarstellung dessen, was nach Ansicht des Sozialen Ausschusses im Interesse der Angestellten liegt.

Es ist schwierig, über das Thema: „Interesse des Angestellten und des Dienstherrn“ zu sprechen; sobald dieses Thema auf die Tagesordnung kommt, wird die Welt nervös und teilt sich gleich in zwei Lager, das der Angestellten und das der Unternehmer. Wir sind aber der Ansicht, sowohl im Sozialen Ausschuß wie hier, daß im großen und ganzen viel mehr gesucht werden müßte, die Interessen der Angestellten und der Unternehmer auszugleichen. Ein gemeinsames Interesse für beide Teile liegt ohne Zweifel darin, daß die Gesetze so gestaltet werden müssen, daß die Industrie blühen kann; nur wenn das möglich ist, können Stellen mit guten Gehältern geschaffen und erhalten werden. Weiter ist ein gemeinsames Interesse, daß man es möglichst zu erleichtern sucht, daß Stellensuchende und Stellengebende zusammenkommen und ihre Rechte gegeneinander ausgleichen können. Nun hat Herr Dr. Fleming bereits ausgeführt, daß es für die Industrie und für den Handel von großer Bedeutung ist, stetige und klare Verhältnisse zu schaffen. Der Soziale Ausschuß hat sich schließlich gesagt, daß wir klare Verhältnisse nur dann schaffen, wenn wir über den Dienstvertrag eine einzige Bestimmung haben und diese in den Vertrag setzen. Wenn Sie aber neben dem bestehenden Dienstvertrag noch eine zweite Bestimmung schaffen von so weitgehender Dehnbarkeit wie der Absatz IV des § 5 des österreichischen

Gesetzes, so haben wir zwei konkurrierende Bestimmungen; damit schaffen Sie unsichere Verhältnisse, und diese schädigen die Industrie, den Unternehmer und den Angestellten. Darum sind wir einhellig in der Kommission zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht gut ist, derartige Bestimmungen aufzunehmen, wie sie die Ziffer IV A der Beschlüsse des Stettiner Kongresses behandelt. Es ist nur scheinbar so, als wenn der Angestellte dadurch begünstigt würde; tatsächlich wird er nicht begünstigt. Sie erschweren es, mit dem Angestellten-Erfinder ein Abkommen zu treffen. Das Risiko des Erfindens würde auf den Erfinder übertragen werden, er würde nicht die Stellung finden, die ihm die nötigen Vorbedingungen schafft, um Erfindungen zu machen. Wir haben in einer solchen Bestimmung nicht einen Vorteil für den Angestellten sehen können und haben sie deshalb abgelehnt; auch aus dem Grunde, weil selbstverständlich die Erfindungen besser gemacht werden innerhalb der Unternehmung, unter ständiger Fühlung zwischen Fabrikleitung und dem einzelnen Chemiker.

Das sind die Gründe gewesen, die den Ausschluß hinsichtlich der Ziffer IV A zu seiner Haltung veranlaßt haben. Die Anträge sind, wie schon der Herr Vors. gesagt hat, ein Ganzes, und es geht nicht an, aus diesem Ganzen einen Teil herauszunehmen; dann fällt das ganze Gebäude zusammen. Ich möchte Sie bitten, den Antrag des Vorstandsrats einhellig anzunehmen.“

Dr. Bachfeld: „Der Herr Vors. hat gesagt, daß wir in der Hauptversammlung nur den Antrag des Vorstandsrates anzunehmen oder abzulehnen haben; es entspricht dies den Danziger Beschlüssen. Immerhin glaube ich, daß bei einer so wichtigen Frage, wie es das Erfinderrecht ist, eine Diskussion angebracht ist, um auch denjenigen Mitgliedern, die einem Bezirksverein nicht angehören, oder die an den Verhandlungen des Bezirksvereins nicht teilgenommen haben, Gelegenheit zu geben zur Meinungsäußerung, und zu hören, wie sich die verschiedenen Vertreter der Industrie, sei es als Arbeitgeber, sei es als Angestellte, zu der Frage stellen.“

Es ist nicht leicht, einfach zu sagen: wir nehmen an, oder wir lehnen ab. Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Ordnung der Verhältnisse in bezug auf das Recht auf Erfindungen nicht in das Patentrecht gehört, sondern in das Gewerbe-recht (Zustimmung), und ich glaube auch, daß der Verein deutscher Chemiker recht daran tut, wenn er dahin wirkt, daß die Sache nicht in das Patentrecht aufgenommen wird. Je mehr gesetzliche Bestimmungen wir den Juristen aufkotroyieren, desto schwieriger haben wir es nachher mit der Rechtsprechung zu tun.

Daß der Erfinder in dem Patent genannt wird, ist nicht allein das Recht des Erfinders, sondern, wie ich meine, auch eine Pflicht, die man dem Erfinder gegenüber hat. (Bravo!) Es sind viele Angestellte in einer Fabrik, von denen wir gar nichts hören, und wenn sie aus der Fabrik herausgehen, erfährt niemand, was sie geleistet haben. Wenn sie dagegen in dem Patent genannt werden, so werden sie auch späterhin ihren Weg gehen. Deshalb meine ich, daß der Verein deutscher Chemiker

als ein paritätischer Verein mindestens den Beschluß fassen sollte, daß man dem Erfinder sein Recht gibt. Ich glaube auch, wenn der Vorstand vielleicht heute noch nicht die richtige Form gefunden hat, so würde er sie doch später finden, damit wir diese Frage im beiderseitigen Interesse lösen können.“

Prof. Dr. Osterrieth: „Zunächst möchte ich dem letzten Herrn Redner erwidern, daß die Frage, ob der Anspruch des Angestellten im Patentrecht oder in der Gewerbeordnung zu lösen ist, nicht von dem Verein deutscher Chemiker abhängt, und daß diese Frage eigentlich schon entschieden ist. Die Reichsregierung hat schon die Vorarbeiten für die Reform des Patentgesetzes in Angriff genommen und dabei auch diese Frage behandelt. Ich glaube nicht, daß die Reichsregierung sich auf den Rat des Vereins deutscher Chemiker veranlaßt sehen würde, die Frage in einem anderen Gesetz zu behandeln. Das ist eine rein formelle Frage, und nach den Erfahrungen, die schon viele von uns gemacht haben, läßt sich die Reichsregierung wohl einmal in materiellen Dingen, aber kaum in formellen Dingen eines anderen überzeugen. Ich glaube also, daß es tatsächlich müßig ist, wenn wir uns hier mit rein formellen Fragen beschäftigen.“

Nun hat, soviel ich gehört habe, der Herr Vorredner die Vorschläge, die Ihnen der Vorstands-rat auf Grund der Anträge des Sozialen Ausschusses gemacht hat, nicht widerlegt und nicht nachgewiesen, daß sie schädlich für die Angestellten sind; ich habe wenigstens aus seinen Ausführungen nichts entnehmen können, was eine direkte materielle Kritik dieser Vorschläge enthält.

Auch hat ein früherer Vorredner, Herr Kertess, sich gegen Ziffer IV der Vorschläge des Sozialen Ausschusses gewandt, mit einer Begründung, die mir nicht ganz verständlich war. Herr Kertess sagt gegen Ende seiner Ausführungen, daß auch er auf dem Standpunkt stehe, es solle die Vertragsfreiheit zwischen Angestellten und Unternehmern gewahrt werden. M. H.! Bis jetzt besteht die Vertragsfreiheit, und es ist gerade der Zweck dieser Vorschläge, den Bestrebungen auf Beschränkung der Vertragsfreiheit, die von einigen Seiten hervorgetreten sind, zu begegnen; das ist der Zweck dieser Vorschläge, wie das in Ziffer II ausdrücklich ausgesprochen worden ist: eine gesetzliche Beschränkung der Vertragsfreiheit ist nicht zu empfehlen.

Dieser Gedanke ist nun in Ziffer IV A etwas weiter ausgeführt worden. Sie wissen, daß die von seiten der industriellen Beamten geäußerten Wünsche auf zwei Punkte gehen: Einerseits soll die Erfinderehre des Angestellten gewahrt werden, andererseits soll ihm ein Anteil an der Verwertung der Erfindung gewährt werden.

Was den ersten Punkt betrifft, die Erfinderehre, so hat der Stettiner Kongreß, der Soziale Ausschuß und der Vorstandsrat sich einstimmig dafür ausgesprochen; auch der Stettiner Kongreß, obwohl dieser Vorschlag eine fundamentale Änderung unseres heutigen Patentrechts in sich schließt. Die Interessenten, die sich zu der Frage ausgesprochen haben, haben sich dafür ausgesprochen, weil es sich tatsächlich um eine Sache handelt,

die im Interesse der Angestellten liegt, und die durchführbar ist.

Anders steht es mit der Frage der gesetzlichen Gewährleistung eines Anteils aus dem Ertrag der Verwertung einer Erfindung. Ich hebe hervor, es handelt sich um die gesetzliche Festlegung eines Anspruches. Daß es erwünscht ist, daß jeder Angestellte, der eine Erfindung macht, auch im Verhältnis zu dem Wert seiner Erfindung entlohnt wird, ich glaube, darüber besteht ein Zweifel überhaupt nicht. Die Frage ist aber die, ob es möglich ist, dieses soziale Postulat in die Form einer gesetzlichen Bestimmung zu bringen, und da sind wir im Sozialen Ausschuß zu der Überzeugung gekommen, daß es unmöglich ist, die einzelnen Erfindungen aus der Gesamttätigkeit des einzelnen Angestellten willkürlich herauszugreifen; daß es unmöglich ist, die Erfindung als einzelnen wirtschaftlichen Wert herauszugreifen aus der Gesamtheit, die ein wirtschaftlicher Betrieb darstellt. Eine derartige gesetzliche Schablone wäre ein Schema, das nur störend in den Organismus eines Unternehmens eingreifen könnte. Infolgedessen ist der Soziale Ausschuß nach reiflichen Erwägungen und im Einklang mit dem Stettiner Kongreß zu dem Ergebnis gekommen, daß es undurchführbar und überaus nachteilig wäre für die deutsche Industrie, und zwar sowohl für Unternehmer wie für Angestellte. Für die Angestellten, m. H., haben wir im Sozialen Ausschuß uns aussprechen können, denn da waren die Angestellten in gleicher Anzahl vertreten. Auf dem Stettiner Kongreß haben wir uns für die Angestellten aussprechen können, nicht als Stimmführer der Angestellten, aber nach eingehender, gründlicher, sachgemäßer Prüfung der Interessen beider Teile haben wir uns also dahin ausgesprochen, daß es undurchführbar und nachteilig wäre, eine gesetzliche Vorschrift aufzustellen, wonach jedem Angestellten, der eine Erfindung macht, schematisch ein Recht auf Gewinnbeteiligung zusteht.

Das ist die Ansicht, die der Stettiner Kongreß zum Ausdruck gebracht hat, der sich der Soziale Ausschuß angeschlossen hat und nun auch der Vorstandsrat, und ich glaube, wer nicht einseitig etwas verlangen will, was tatsächlich kaum durchführbar ist, der sollte sich dieser Ansicht anschließen. Darum möchte ich nochmals die Vorschläge des Sozialen Ausschusses unverändert und in Kürze zur Annahme empfehlen.“

Dr. Buchner: „M. H.! Es ist schwer, nach den klaren Darlegungen des Herrn Dr. Osterrieth die Sache noch besser vorzubringen. Wenn dasjenige, was er eben gesagt hat, bereits in dem Absatz IV A ausgedrückt gewesen wäre, so hätten wir diese Debatte vielleicht gar nicht nötig gehabt.

Worauf es hauptsächlich ankommt, das ist das Wort „schematisch“, wonach jedem Angestellten in jedem Falle ein Recht auf Gewinnbeteiligung zustehen soll. Grundsätzlich ist ja zugegeben, daß dem Erfinder ein Recht auf Gewinnbeteiligung im Falle einer Erfindung zusteht; aber es soll diese Gewinnbeteiligung nicht schematisiert werden. Es sind ganz verschiedene Dinge, je nachdem eine Erfindung entweder selbständig konzipiert ist, oder von dem Unternehmer die Vorbedingungen dazu

gegeben werden. Trotzdem ich nun als Angestellter den Grundsatz, den der Soziale Ausschuß vertreten hat, für vollständig richtig halte, kann ich doch nicht umhin, den Eingang des Satzes: „undurchführbar und überaus nachteilig für die deutsche Industrie und zwar sowohl für die Unternehmer wie für die Angestellten selbst“ als übertrieben zu bezeichnen. Bei dem Verhältnis zwischen Angestellten und Unternehmern in der chemischen Industrie, das immerhin wohl als ein freundschaftliches bezeichnet werden kann, ist dieser Wortlaut vielleicht nicht so bedenklich; aber wir müssen als Angestellte auch den Unternehmern sagen, daß von anderer Seite, insbesondere von den Mitgliedern des Bundes der industriellen Beamten, diese Sache eine falsche Auslegung bekommen kann, und es könnte eventuell dem Verein deutscher Chemiker der Vorwurf gemacht werden, daß er nicht auf der sozialen Höhe steht. Ich möchte daher den Antrag stellen, den Satz zu streichen; wenn Sie das so formulieren, wie Herr Dr. Osterrieth es ausgeführt hat, dann besteht von seiten der Angestellten kein Bedenken, dem zuzustimmen.“

A. Kertess: „Ich möchte vor allem Herrn Dr. Goldschmidt erwidern, daß in keiner Weise an eine Schädigung der gewerblichen Unternehmer irgendwie gedacht werden soll. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß wir den Paragraphen, wie er im österreichischen Gesetz vorgeesehen ist, nicht annehmen wollen.

Meine Opposition richtet sich gegen die Begründung in § IV und zwar darum, weil hier ausdrücklich ausgesprochen worden ist, daß die Übertragung obligatorisch gedacht sei. Das würde dann Gesetzeskraft erlangen. (Widerspruch.) Es heißt doch hier unter Ziffer IV B: Mangels einer ausdrücklichen Vereinbarung soll das Recht an der Erfindung stillschweigend auf einen anderen übergehen, insoweit als der Erfinder kraft seines Dienst- oder sonstigen Vertragsverhältnisses dem anderen zu einer Beschäftigung verpflichtet ist usw. Das ist es, wogegen wir Stellung nehmen sollten. Oben heißt es: das Recht an der Erfindung usw. ist grundsätzlich übertragbar. Dagegen ist nichts einzuwenden. Ferner: eine gesetzliche Beschränkung der Vertragsfreiheit ist nicht zu empfehlen. Das entspricht ebenfalls. Nun müssen wir uns fragen: weshalb noch den § IV annehmen, der ausdrücklich hervorhebt, daß die Festsetzung einer Beteiligung des Angestellten an dem Ertrag nicht möglich sei, wenn die Übertragung nach Absatz B unter den dort bezeichneten Voraussetzungen sowieso angenommen wird. Eine Notwendigkeit, dies besonders festzustellen, liegt meiner Ansicht nach nicht vor. Herr Dr. Osterrieth erwähnt, es seien Wünsche aufgetreten, daß die Beteiligung gesetzlich festgelegt wird. Ich erlaube mir zu fragen, wo die Wünsche aufgetreten sind. Von seiten der Angestellten? In unserem Vereine, der ja zum größten Teil aus Angestellten besteht, habe ich noch niemals etwas darüber gehört. Es ist ja heute Zeit, daß darüber gesprochen wird. Ich möchte mir weiter erlauben, nachdem der Herr Vors. bemerkte, wir könnten hier keine neuen Vorschläge machen, folgenden Vorschlag zu unterbreiten: lehnen wir § IV ab, bzw. lehnen wir die ganzen Vorschläge des Stettiner Kongresses ab.

Ich empfehle dies aus dem Grunde, weil sie nicht paritätisch für die Angestellten sind. Ich empfehle sie abzulehnen und den Vorstand zu bitten, selbstständig in die Frage einzudringen; vielleicht gelingt es ihm, Vorschläge zu machen, die richtiger und vielleicht auch besser sind.“

Dr. K ö b n e r : „Ich betrachte natürlich als Angestellter auch die Frage vom Standpunkte des Angestellten; aber andererseits stehen mir in dieser Sache Erfahrungen zu Gebote, die vielleicht manche andere nicht haben, da ich mit Patentangelegenheiten schon seit Jahren vertraut bin.“

Ich glaube, die heutige Debatte würde viel einfacher sein, wenn nicht an vielen Stellen Unkenntnis über die ganze Entwicklung der Sache bestände. Man muß wohl gestehen, daß es besser wäre, der Verein deutscher Chemiker hätte mehr Zeit auf die Behandlung dieser Frage verwenden können; daß es nicht der Fall war, liegt vielleicht an einzelnen Bezirksvereinen, andererseits aber auch daran, daß die gesetzliche Regelung der Sache ein bißchen eilig in so nahe Aussicht gerückt worden ist. Wie Ihnen schon gesagt worden ist, können wir die Erledigung eigentlich gar nicht mehr auf die lange Bank schieben. Nun ist es doch wünschenswert für eine Korporation wie unser Verein, daß er zu einer solchen Frage, zu der alle anderen ähnlichen Vereine Stellung genommen haben, auch seinerseits Stellung nimmt. Wenn Sie sagen: wir können uns jetzt in der Kürze der Zeit nicht entschließen, dann möchte ich Sie bitten: Vertrauen Sie doch dem Sozialen Ausschuß, meine Herren, dort sitzen ja Vertreter der Angestellten; dort sind auch, wie Herr Prof. Dr. O s t e r r i e t h, Spezialisten in den Rechtsfragen, die da in Betracht kommen. Vertrauen Sie doch denen, daß sie die Frage nach allen Richtungen überlegt haben.

Wenn Herr K e r t e s s sagt, er wüßte nichts von Wünschen der Angestellten, die eine ganz undurchführbare Regelung verlangten, so muß ich entgegenen, das hat ja in allen Zeitungen gestanden; die Beschlüsse des Bundes der technisch-industriellen Beamten sind durch alle Tagesblätter gegangen. Da haben Sie lesen können, welche wirklich ganz unbegreiflichen Anforderungen da gestellt wurden; ich glaube, es wurde verlangt, daß mindestens 50% des Ertrags einer Erfindung dem Angestellten zufallen sollten, u. dgl. m. Daß eine Korporation, die wie unsere paritätisch ist, wenn solche Vorschläge in die Welt hinausgehen, auch die Verpflichtung hat, sich ihnen gegenüber zu äußern, das wird wohl zugestanden werden.

Wenn von einer Seite die Fassung der Ziffer IV etwas scharf gefunden worden ist, so möchte ich entgegenhalten, daß der Wortlaut vielleicht nicht ganz richtig aufgefaßt worden ist. Es ist in Stettin ausgesprochen worden, daß man die Sache für undurchführbar halte um deswillen, weil es in gewissen Fällen ganz unmöglich ist, den Anteil an der Gewinnbeteiligung festzustellen. Vergewaltigen Sie sich doch z. B. folgendes. Es hat jemand in einer Maschinenfabrik eine Einzelheit an einer Maschine erfunden, etwa an einem Gasmotor einige Verbesserungen angebracht: wie soll da die angemessene Gewinnbeteiligung festgestellt werden? Sie werden zugeben, daß der Ausdruck

„undurchführbar“ nicht zu weitgehend ist, sondern bloß den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Und daß Bestimmungen, wie sie die österreichische Gesetzgebung hat, nachteilig für den Angestellten wie für den Unternehmer werden können, das ist auch zuzugeben. Sie müssen sich vorstellen, daß die betreffenden Unternehmer aus den Streitigkeiten gar nicht werden herauskommen. Es wird ja von allen Seiten zugegeben, daß die Vertragsfreiheit, wie sie jetzt besteht, bestehen bleiben soll: also einigen wir uns doch auf dem Boden, daß wir etwas Neues und für die Angestellten Vorteilhafteres einführen, erstens indem wir der Forderung betreffs der Erfinderehre entsprechen und zweitens den Rechtssatz: die Erfindung gehört dem Erfinder, oben anstellen. Ich meine, dann sollten wir aber auch dadurch die Parität wahren, daß wir den Stettiner Beschlüssen beitreten, die ja nach sehr reiflichen Erwägungen und Verhandlungen zustande gekommen sind, Verhandlungen, bei denen auch der Bund technisch-industrieller Beamten vertreten war und wiederholt zum Wort gelangt ist.“

Dr. I s a y : „M. H.! Ich fühle mich deshalb veranlaßt, hier zugunsten der Ziffer IV noch ein Wort zu sagen, weil die Fassung von mir herrührt, und ich möchte gegenüber den Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Dr. Buchner, das vertreten, was wir mit diesem Ausspruch des Kongresses ausdrücken wollten. Er meinte, im allgemeinen sei er einverstanden, nur sei diese Fassung zu scharf, und man könne ein ungünstiges Vorurteil gewinnen, wenn der Verein deutscher Chemiker diesen Beschluß faßte. Er hielt es für zu scharf, wenn gesagt wurde, es sei undurchführbar und nachteilig für das Unternehmen (Unternehmen, nicht Unternehmer!) und für die Angestellten, ein Recht der schematischen Gewinnbeteiligung aufzustellen.“

Für mich persönlich muß ich sagen: wenn ich nicht eine Gewinnbeteiligung schematisch, das heißt einfach von vornherein und für alle Fälle feststellen kann, so hat die Statuierung überhaupt keinen Wert. Wenn Sie sagen, daß der Angestellte an dem Gewinn der Erfindung beteiligt sein soll, aber nicht sagen, wie er beteiligt ist, so hat das für den Angestellten keinen Wert. Wenn Sie überhaupt einen Rechtsschutz aufstellen wollen, wonach der Angestellte mit Gewinn an seiner Erfindung beteiligt ist, so müssen Sie diesen Rechtsschutz ein für allemal aufstellen; eine gesetzliche Statuierung eines Anteils am Gewinn gibt es für mich nur in Form eines schematischen Verlangens.

Es fragt sich nur: ist das wirklich undurchführbar und nachteilig für alle Beteiligten? Ich habe schon den Fall in meiner Praxis gehabt, daß ein Angestellter an dem Ertrag seiner Erfindung beteiligt sein wollte; es kam zu Differenzen, und da hieß es: was kann ich jetzt verlangen. Da wird kein Richter sagen können; du kannst soundso viel verlangen.

Es kommt ferner die Frage in Betracht: was ist eine Erfindung? Ist hier nur an solche Erfindungen gedacht, auf die ein Patent genommen wird, oder auch an solche, die unter dem Schutze des Fabrikgeheimnisses stehen? Das müßte erst

festgestellt werden. Ich will aber annehmen, es handelt sich um eine patentfähige Sache, so würde aus dem Satz zweifellos folgen, daß der Angestellte den ihn Anstellenden zwingen kann, die Sache anzumelden. Ich möchte aber wissen, was für ein Zustand in einem Unternehmen entstehen könnte, wenn darüber, ob die Sache zum Patent angemeldet wird, nicht der Leiter zu entscheiden hat, sondern der Angestellte, der die Sache vielleicht gar nicht übersehen kann. Die Kosten sind nicht unerheblich; der Angestellte wird vielmehr geneigt sein, jede Verbesserung, die er gefunden zu haben glaubt, anzumelden; soll er dann den Unternehmer zur Anmeldung zwingen können?

Die andere Frage ist die: wenn die Sache wirklich von der Fabrik angemeldet wird, wann entsteht dann der Anspruch auf Gewinnbeteiligung? Sofort? Zweifellos. Aber ist dann der Gewinn schon da? Vielleicht bringt die Erfindung zunächst außerordentliche Verluste; das ist, soviel ich weiß, bei den allermeisten Erfindungen der Fall; es kostet eine Menge Geld, eine Erfindung so auszuarbeiten, daß sie für den Markt in Betracht kommt. Es gibt eine Menge Erfindungen, bei denen der Erfolg nicht an der Erfindung, sondern an der Reklame hängt, die vielleicht Hunderttausende oder Millionen kostet: dann würden Sie jedes Gericht vor eine nicht zu lösende Aufgabe stellen, wenn Sie von ihm eine Entscheidung darüber fordern, welcher Teil an dem Ertrag dieser Erfindung zurückzuführen ist auf die Erfindung. Das ist eine Aufgabe, die kann der Angestellte nicht lösen, kein Techniker und kein Gericht kann sie lösen.

Dann das Hauptargument, daß die Sache überaus nachteilig ist, nachteilig sowohl für die Unternehmung wie für die Angestellten. Da will ich mit ein paar Worten rekapitulieren, welche Gründe in Stettin dafür gesprochen haben, diesen Satz anzunehmen. Es wurde gesagt, es wäre zunächst nachteilig für das Unternehmen, weil das Unternehmen gezwungen werden könnte, eine Erfindung anzumelden, die aus irgend welchem Grunde nicht angemeldet werden soll. Ein anderer Nachteil liegt in folgendem: Differenzen zwischen Angestellten und Unternehmern kommen gewöhnlich erst dann vor, wenn der Angestellte ausscheidet. Solange er in seiner Stellung sich behaglich findet, gibt es keine Differenz, da einigt man sich. Die Kalamität, der Prozeß fängt erst an, wenn der Angestellte ausgeschieden ist. Dann soll also der Angestellte das Recht haben, von seinem Unternehmen eine Rechnungslegung zu verlangen über die Behandlung seiner Erfindung, über die Verkäufe; das soll der Angestellte verlangen können, der jetzt vielleicht im Dienst eines Konkurrenzunternehmens steht; dem sollen die intimsten Geschäftsgeheimnisse aufgedeckt werden. Ich möchte glauben, diese Erwägung genügt allein schon, um zu zeigen, daß für die Unternehmung ein schwerer Nachteil vorliegen würde.

Ferner: in dem Moment, wo der Angestellte weiß, daß seine übrige Tätigkeit für das Unternehmen, sozusagen des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr für ihn viel weniger wichtig ist als der Umstand, ob er durch Zufall oder auf den Schultern anderer stehend eine Erfindung gemacht hat, —

mit dem Moment wird ein Wettrennen beginnen zwischen den verschiedenen Angestellten, wer zuerst eine Erfindung macht. Es besteht nicht mehr ein Mitarbeiten zu dem gemeinschaftlichen Ziel, das gemeinsame Unternehmen hoch zu bringen, sondern es beginnt ein Kampf aller Angestellten gegen alle, ähnlich wie zwischen Cook und Peary, die sich darüber streiten, wer zuerst den Nordpol erreicht hat. Eine solche Rechtslage können wir nicht schaffen; dann würden die Angestellten sich nicht mehr als Mitarbeiter eines gemeinschaftlichen Unternehmens, sondern als natürliche Feinde betrachten. Wir haben in Stettin Fälle gehört, wo Unternehmer uns erzählten, daß sie oft in ihren Sprechstunden tagelang damit belästigt wurden, daß der eine kam und sagte, der andere hätte ihm etwas weggenommen, aus seinem Notizbuch gestohlen. In Stettin ist ausgesprochen worden, die natürliche Folge derartiger Bestimmungen würde vielleicht sein, daß dem Angestellten überhaupt verboten wird, ohne Erlaubnis des Chefs Erfindungen zu machen. (Heiterkeit.) Die Sache ist aber auch nachteilig für den Angestellten. Denn auf dem Standpunkte stehen wir doch noch, Gott sei Dank, daß das Gedeihen des Unternehmens auch der Vorteil des Angestellten ist. Es kann doch unmöglich im Interesse eines Angestellten liegen, einen Zustand herbeizuführen, der das Gedeihen des Unternehmens nicht fördert, sondern aufs schwerste schädigt. Deshalb stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Fassung dieses Satzes: „undurchführbar und nachteilig“, nicht zu kraß ist, sondern wahrscheinlich hinter den wirklichen Verhältnissen noch zurückbleiben würde, und ich glaube, daß Sie im Interesse der chemischen Industrie diesen Satz nur so annehmen sollten, wie ihn der Stettiner Kongreß angenommen hat.

Es ist gesagt worden, Sie möchten die ganze Sache zunächst ablehnen und dem Vorstandsrat anheimgeben, etwas anderes und besseres zu finden. Das ist sehr einfach zu sagen, aber über diese Frage zerbrechen sich schon die klügsten und andere Leute seit 5 und 6 Jahren die Köpfe (Heiterkeit), und es ist schließlich nur zweierlei herausgekommen: das eine ist der Anspruch auf die Erfinderehre, — der ist vollkommen in dem Stettiner Beschluß gewahrt, und ich habe heute nichts gehört, was diesen Anspruch verbessern könnte; das andere ist der Anspruch auf eine bessere Entlohnung des Erfinders.

Diejenigen, die Erfindungen machen, sollen besser belohnt sein als die, die keine machen. Da ist nur zu bemerken, daß wir in Stettin gehört haben, daß es eine Menge Arten der erfinderischen Tätigkeit gibt, wo eine Erfindung gar nicht gemacht werden kann, wo von vornherein feststeht, daß gar nichts herauskommen kann, wo eine große Gedankenarbeit darauf verwendet wird, bloß festzustellen, daß auf einem bestimmten Gebiet nichts zu erreichen ist, oder festzustellen, welche Ziele nicht zu erreichen sind. Ein Angestellter, der mit dieser Arbeit beschäftigt ist, der vielleicht eine für die Fabrik viel wertvollere Arbeit leistet als der andere, der wird nicht entlohnt, während der andere, der eine Sache findet, die ein anderer vorbereitet hat, belohnt wird.

Ich wollte also sagen: Sie können nur entweder feststellen, daß der Angestellte einen Anteil an dem Gewinn haben soll, oder Sie können sagen: diese Frage läßt sich nicht schematisch durch die Gesetzgebung regeln. Weiter steht aber nichts da. Ich bitte Sie, diesen Beschluß so anzunehmen, wie er vorgeschlagen wird.“ (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vors.: „M. H.! Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir nun die Redezeit auf 5 Minuten beschränken. Wir haben noch über die Konkurrenzklausei zu verhandeln, wo sich noch erhebliche Debatten entspinnen werden, was wir auch durchaus wünschen und lebhaft begrüßen. In 5 Minuten läßt sich aber viel sagen. Sie können mich ja auch bevollmächtigen, diese Beschränkung nicht allzu streng zu handhaben; ich werde mir aber gestatten, jeweils nach 5 Minuten aufzustehen, um den Herrn Redner an den Ablauf der Zeit zu erinnern.“ (Zustimmung.)

Dr. Hesse: „Ich hoffe, daß ich nicht 5 Minuten brauchen werde. Es ist meines Erachtens ausgeschlossen, daß wir in dem Rahmen der heutigen Debatte die Fragen erledigen, die Herr Dr. Isay soeben eingehend besprochen hat. Es ließe sich sehr viel gegen seine Darlegungen sagen; aber ich gehe darauf nicht ein. Es handelt sich allein um § IV A. Wir haben von den Mitgliedern des Sozialen Ausschusses gehört: dieser Paragraph ist nicht im Sinne der Angestellten. Darüber werden wir einig sein; wir müssen berücksichtigen, daß hier nur solche Vereinsmitglieder vertreten sind, die zu den materiell besser gestellten gehören; denn nur diese können sich den Luxus einer Reise nach Frankfurt leisten. Ich bin daher der Meinung, daß wir auch auf diejenigen Rücksicht zu nehmen haben, die sich diese Reise nicht leisten und ihre Anschauungen nicht so zur Geltung bringen können, wie sie vielleicht wünschen.“

Ich resümiere: von den Angestellten ist gesagt worden: Wir können § IV A nicht acceptieren; warum? Weil die Herren in Stettin etwas beschlossen haben, wozu sie nicht kompetent waren. Sie haben ihre Beschlüsse mit einer Majorität, die sich aus Patentanwälten, Rechtsanwälten, Vertretern der Industrie zusammensetzte, gefaßt in Gegenwart nur einiger Angestellter.

Wir wollen unseren Gegnern doch nicht das Mittel zu einer Bekämpfung in die Hand geben, daß sie sagen können: der Verein deutscher Chemiker hat einen Beschluß gefaßt, der antisozial war, der sich gegen die Wünsche der Angestellten richtete. Die Beschwerden der Angestellten richten sich im wesentlichen wohl nur gegen die Worte: „wie für die Angestellten“.

Der Herr Vors. hat uns nun dargelegt, daß wir hier in der Versammlung keinen neuen Antrag stellen können. Es hat sich aber herausgestellt, daß die angestellten Vertreter nicht für Ziffer IV A zu haben sind, und ich muß erklären, daß es mir genau so geht. Wir haben die Frage im Märk. Bezirksverein eingehend beraten und sind einstimmig zu dem Entschluß gekommen, daß wir Ziffer IV A aus diesen Gründen nicht annehmen können, und da wir das Ganze nur entweder annehmen oder ablehnen können, so würde nicht

nur ich, sondern die Mitglieder des Märkischen Bezirksvereins gegen den gesamten Vorschlag stimmen müssen, so leid mir das tut. Könnten wir uns nicht dahin einigen, daß wir der Ziffer IV A folgende Fassung geben: „Der Kongreß spricht aus, daß er es für gegenwärtig undurchführbar hält, einen Rechtssatz des Inhalts auszusprechen usw.“? Lassen Sie den strittigen Punkt weg: „für Unternehmer wie für Angestellte“; darüber mag die Industrie beschließen, darüber mögen auf der anderen Seite die Angestellten-Vereinde beschließen; ich glaube, dann könnte jeder von uns sich auf den Boden der Stettiner Beschlüsse stellen, die bezüglich des Erfinderrechts einen ganz erheblichen Fortschritt bedeuten, aber in der Frage der Angestellten-Erfindung nicht die Sympathie der Angestellten finden können.“ (Bravo!)

Dr. Steche: „M. H.! Unser Herr Vors. hat vorhin vom Automobiltempo gesprochen, und er ist ja ein Meister in der Führung des Automobils wie in der Führung der Verhandlungen. Wir haben aber auch ein Automobiltempo in der sozialen Gesetzgebung (Sehr richtig!), und es war für mich sehr charakteristisch, daß Herr Prof. Dr. Osterrieth selbst vorhin Zweifel aussprach, ob es jetzt schon an der Zeit sei, ein Gesetz über diesen Gegenstand zu machen.“

Es ist eine ganz sonderbare Erscheinung für denjenigen, der der Entwicklung dieser Frage näher getreten ist, daß die Sache teilweise theoretisch betrachtet wird, teilweise von dem Standpunkte der großen verdienenden Gesellschaften aus. Ob nun die Ansprüche, die jetzt gemacht werden, so ohne weiteres auch von den Arbeitgebern erfüllt werden können, ob es überhaupt möglich ist, unter den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen auf die Dauer derartige Lasten zu tragen, auf den Gedanken scheint niemand zu kommen. M. H., in der letzten Zeit hat sich manches geändert; wenn jetzt in den einzelnen Ländern die Landtagswahlen kommen, und die Wirkung der neuen Steuern sich bemerkbar macht, dann wird mancher sich wundern.

Herr Dr. Hesse hat eben schon sehr richtig einen Punkt angeschnitten, den ich gern des weiteren besprechen möchte; er hat gesagt, es wäre doch recht gut, einmal diejenigen Angestellten zu fragen, die kein so großes Portemonnaie haben, um auf solche verhältnismäßig kostspieligen Versammlungen kommen zu können. Ich möchte fragen: wäre es nicht auch ganz gut, auch einmal die kleineren Fabrikbesitzer zu fragen, ob sie in der Lage sind, diese Ansprüche und die der Chemiker zu befriedigen. Sie wissen, daß es heutzutage für einen kleineren Fabrikbesitzer ein außerordentliches Risiko bedeutet, überhaupt einen Chemiker anzustellen. Ich kann wohl sagen, daß es heute kaum eine Anstellung gibt, die mit so viel Vorsicht betrieben wird wie die Anstellung eines Chemikers; da wird nach seiner Moralität ebenso wie nach seiner Vorbildung in der sorgfältigsten Weise geforscht, weil keine Möglichkeit besteht, sich gegen die Schädigungen ausreichend zu schützen, die ein solcher Herr veranlassen kann bei den Gesinnungen, die jetzt immer mehr zum Durchbruch kommen. (Unruhe; Rufe: Oho!) Ich fühle die Verpflichtung, hier für die kleineren

Fabriken zu sprechen. Für sie wird die Konkurrenz mit dem Auslande tagtäglich schwerer, und das müssen wir doch bei der weiteren Behandlung der Frage im Auge behalten, daß diese Herren sehr schwer belastet sind. Ob da der Reichstag in der neuen Session selbst noch auf dem Standpunkte stehen wird, alles in dem seitherigen Eiltempo zu erledigen, das möchte ich sehr bezweifeln.“

Vors.: „Ich möchte die kommenden Herren Redner bitten, etwas mehr zur Sache zu sprechen. Die soziale Frage im allgemeinen können wir hier nicht behandeln.“

Prof. Bernthsen: „Wenn ich versuche, die Diskussion zu resumieren, so komme ich zu dem Ergebnis, daß in sachlicher Beziehung ernstliche Differenzen nicht bestehen, daß die erhobenen Bedenken sich vielmehr nur gegen die Form richten, die den etwaigen Beschlüssen zu geben ist. In sachlicher Beziehung sind wir Chemiker in der glücklichen Lage, konstatieren zu können, daß bei uns keine tiefgreifenden Differenzen zwischen Unternehmern und Angestellten vorhanden sind. Vielmehr existieren enge Beziehungen zwischen beiden, zum Teil schon darum, weil diejenigen, die später vielleicht an die Spitze eines Unternehmens kommen, vorher Angestellte waren und somit deren Sorgen und Leiden kennen gelernt haben. Eine solche Divergenz der Interessen, wie sie auf anderen Gebieten behauptet wird, ist also bei uns Chemikern nicht vorhanden, und soweit etwa Meinungsverschiedenheiten auftreten, hat ja unser Verein schon in außerordentlich begrüßenswerter Weise für deren sachgemäße Behandlung vorgesorgt durch die Einsetzung des Sozialen Ausschusses. Dieser ist dazu bestimmt, vorkommende Divergenzen auszugleichen und bestimmte Grundsätze aufzustellen, die wir alle billigen können.“

Es handelt sich also heute nur um die Frage der Redaktion dessen, was hier beschlossen werden soll. Es wurde vorhin gesagt, kein vernünftiger Mensch werde in die Kerbe des Bundes der technisch-industriellen Beamten schlagen. M. H., so steht die Sache nicht. Wir leben in einem Zeitalter, in dem ein geradezu krankhaftes Bemühen besteht, den Klagen derjenigen, die sich als die wirtschaftlich Schwachen hinstellen, Rechnung zu tragen. Wir alle beobachten, wie wenig widerstandsfähig maßgebende Stellen (auch die gesetzgebenden Körperschaften) dem gegenüber sind. Wie ist die Industrie im Reichstag vertreten? So gut wie gar nicht. Das Wort haben solche, die glauben, es bestehe ein Interesse daran, die sozialen Dinge möglichst von dem Standpunkte der schwächeren Seite aus zu vertreten. Man ist mit Anträgen außerordentlich rasch bei der Hand, um nicht an Popularität zu verlieren, und es wird nicht immer gründlich untersucht, wie weit die Klagen, die vorgebracht worden, auch wirklich ernstlich begründet sind. Wir sehen, wie auch die Regierung bereits geneigt ist, derartigem nachzugeben und die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen für Fragen, von denen vorhin mit Recht bemerkt worden ist, daß zum mindesten für uns und von unserem Standpunkte aus ihre Behandlung nicht dringend ist.

Das ist der Grund, weshalb die Frage uns

heute hier beschäftigt und auch schon in Stettin behandelt worden ist.

Es wurde vorhin gesagt, der Stettiner Kongreß sei keine für uns Chemiker kompetente Gesellschaft, weil dort eine große Menge Patentanwälte und Juristen getagt und die Mehrheit gebildet hätten. Dazu ist zu bemerken, daß der Verein für gewerblichen Rechtsschutz seinerzeit eine Patentkommission eingesetzt, und daß diese sich den ganzen vorigen Winter hindurch eingehend mit der vorliegenden Frage beschäftigt hat. Es haben ihr hervorragende Mitglieder unseres Vereins angehört, die an den Beratungen mündlich wie schriftlich tätigen Anteil genommen haben, und ihre Beschlüsse haben die Grundlage für die dem Stettiner Kongreß unterbreiteten Vorschläge gebildet. Wenn man sich aber auf den Standpunkt stellen will, daß jene Versammlung immerhin keine Vertretung der deutschen Chemiker gewesen sei, nun so haben wir uns ja heute darüber zu erklären, ob die Herren unsere Ansicht richtig wiedergegeben haben; und ich glaube darüber, daß wir im Prinzip die Stettiner Beschlüsse billigen, ist zwischen uns kein ernsthafter Zweifel, und es sind keinerlei maßgebende Bedenken dagegen ausgesprochen worden. Die Diskussion hat sich, wie ich schon sagte, eigentlich nur um Formales bewegt. Es ist wesentlich nur der Absatz IV A der Stettiner Beschlüsse beanstandet worden, und darauf möchte ich mit wenigen Worten eingehen.

Es heißt dort: „Der Kongreß spricht aus, daß er es für undurchführbar und überaus nachteilig für die deutsche Industrie und zwar sowohl für die Unternehmen wie für die Angestellten selbst hält, einen Rechtssatz des Inhalts aufzustellen, wonach jedem Angestellten, der eine Erfindung macht, schematisch ein Recht auf Gewinnbeteiligung daran zustehe.“ Es ist schon darauf hingewiesen worden, was das ‚schematisch‘ heißen, und daß es bedeuten soll: jeder, der eine Erfindung macht, müsse so und soviel Prozent des Gewinnes daraus erhalten. Es ist nun schon klar dargelegt worden, daß eine derartige Bestimmung schlechterdings unmöglich ist, weil die Bedingungen, unter denen einer eine Erfindung macht, ganz verschieden sind; weil eine Grenze zwischen dem, was Erfindung und was Verbesserung ist, aufzustellen nicht möglich ist, weil ferner eine Fülle von anderen Gesichtspunkten inbetracht kommt: die innige Wechselwirkung zwischen dem Angestellten und dem Unternehmen, die Benutzung der reichen Hilfsmittel des letzteren, die Wechselwirkung zwischen der Erfindung und den dem Angestellten bekanntgegebenen, oft überaus wertvollen internen Erfahrungen des Unternehmens, auf denen er weiter gebaut hat; der Einfluß von mit der Erfindung an sich gar nicht zusammenhängenden Umständen (z. B. wieviel eine Maschine oder ein Stoff jetzt kostet, und wieviel sie z. B. nach zwei Jahren kosten mögen), und was alles da noch für Gesichtspunkte vorhanden sind. Ich meine, ich brauche das nicht auszuführen, es hieße Ihnen gegenüber Eulen nach Athen tragen. Ich trete also unbedingt dafür ein, daß wir die Undurchführbarkeit eines solchen schematischen „Gewinnbeteiligungsrechts“ hier ausdrücklich aussprechen.

Ob es nun an sich heute zulässig wäre, an dem Wortlaut unseres Beschlusses, der Anregung des Herrn Dr. Hesse entsprechend, die Worte sub IV A: „wie für die Angestellten“ wegzulassen, oder ob das eine wesentliche Abänderung wäre, die erst wieder den Vorstandsrat passieren müßte, will ich im Augenblick nicht untersuchen. Ich will sagen: wenn diese Worte nicht da stünden, so könnten wir die Resolution auch ohne die Worte annehmen. Da der Text sie aber enthält, und wir heute darüber zu beschließen haben, ob wir ihn billigen wollen, dürfen wir sie nicht streichen. Sonst würde sofort gesagt werden: aha, man sieht, daß der Verein deutscher Chemiker doch den diskutierten Rechtssatz nicht als „für die Angestellten“ nachteilig betrachtet. Ist er das aber nicht? Gewiß, und wer vorübergehend anderer Ansicht sein sollte, wird bei genauerer Untersuchung selbst zu dem Resultat kommen, daß auch die Angestellten das höchste Interesse daran haben, daß ihre Ansprüche nicht schematisiert werden. Es muß ein Chemiker auch vorwärts kommen können, wenn er nur sonst ein tüchtiger Mensch ist, der keine Erfindung gemacht, der trotz jahrelanger richtiger, sachgemäßer Arbeit negative Resultate erzielt hat. Dies durchzuführen, würde aber dem Unternehmer um so mehr erschwert sein, je mehr ihm schematische Verpflichtungen dem „Erfinder“ gegenüber auferlegt werden, dessen Verdienst unter Umständen sogar ein weit geringeres als das des erst-erwähnten sein kann. Davon, daß eine solche Schematisierung notwendig auch eine Quelle von Streitigkeiten zwischen dem Angestellten und dem Unternehmer zu deren beiderseitigem Schaden bilden würde, will ich hier gar nicht weiter reden.

Meine Ansicht geht also dahin, daß wir, da einmal die ganze Frage in Bewegung und tatsächlich brennend ist, nun auch dem, was der Vorstandsrat gestern beschlossen und uns durch seine Resolution unterbreitet hat, möglichst einhellig zustimmen sollten, damit der Eindruck nach außenhin ein kraftvoller ist.“ (Lebhaftes Bravo!)

Vors.: „Es ist von Herrn Dr. Landsberg Schluß der Debatte beantragt. Wird der Antrag unterstützt? (Zustimmung.) Es erhebt sich kein Widerspruch, Sie sind wohl einverstanden, daß die noch auf der Rednerliste stehenden Herren zu Wort kommen.“

Dr. Kahn: „Ich hatte mich schon zum Wort gemeldet, bevor Herr Dr. Hesse gesprochen hatte; ich wollte eigentlich dasselbe ausführen, was er gesagt hat, und will mich jetzt nur noch auf eine Anregung beschränken. Es scheint mir, daß der erste Passus, der die Sache für undurchführbar erklärt, nicht genügend motiviert ist; wenn es möglich ist, würde ich vorschlagen, zu sagen: Der Verein hält es für „technisch“ undurchführbar. Dann wäre gesagt, aus welchen Gründen die Sache undurchführbar erscheint. Im übrigen bin ich ganz der Meinung des Herrn Dr. Hesse.“

Wentzki: „Ich kann mich bis zu einem gewissen Grade mit § 4 A einverstanden erklären und würde diesen annehmen, nicht aber Absatz B. Dieser ist bis jetzt noch nicht in die Diskussion einbezogen worden, und es ist meines Erachtens unbezweifelhaft, denselben hier ganz unberücksichtigt zu lassen; meiner Ansicht nach liegt in

Absatz B der Schwerpunkt des ganzen § 4; ich glaube, man wird es nicht überall verstehen, wenn der Verein deutscher Chemiker sang- und klanglos diesen Stettiner Beschluß annehmen würde. Man wird, und nach meiner Meinung mit Recht, in Angestelltenkreisen glauben, daß der Verein deutscher Chemiker auf die Angestellten zu wenig Rücksicht genommen habe. Ich beantrage daher, den Antrag des Sozialen Ausschusses und des Vorstandsrates abzulehnen; wenn mein Antrag fallen sollte, würde ich für den Antrag des Herrn Dr. Hesse eintreten.“

Vors.: „Ich muß nochmals feststellen, daß neue Anträge in der beantragten Form nicht zulässig sind. Der Vorstand ist sich klar darüber, daß Streichungen irgend welcher Art an den Stettiner Beschlüssen vom Vorstand dahin ausgelegt werden müßten, daß darüber eine neue Vorstandsratssitzung erforderlich wäre. Es ist schon richtig angedeutet worden, daß, wenn ein in dem Antrage aufgenommener Satz nachträglich gestrichen wird, so erfährt das eine ganz andere Auslegung, als wenn der Satz überhaupt nicht darin gestanden hätte. Wir könnten einer solchen Änderung nicht ohne weiteres zustimmen, ich bitte deshalb, sich hauptsächlich auf den Antrag des Sozialen Ausschusses, der im Vorstandsrat mit einer sehr großen Majorität angenommen worden ist, zu beschränken.“

Dr. Buchner: „Wenn der Antrag angenommen wird, so kommt der Chemiker in eine mißliche Lage gegenüber der Öffentlichkeit. Ich möchte warnen, daß wir uns einem derartigen Mißverständnis aussetzen.“

Im übrigen stimme ich dem bei, daß jetzt in derartigen sozialen Dingen ein sehr starkes Schnelligkeitstempo eingeschlagen wird.“

Vors.: „Ich möchte mir als Vors. gestatten, noch zwei kurze Bemerkungen zu machen. Es ist von mehreren Rednern gesagt worden, das und das wird draußen einen schlechten Eindruck machen. Ich möchte sagen, es kommt darauf an, wie die Versammlung entscheidet, und mit welcher Mehrheit der Antrag zur Annahme gelangt. Jedenfalls möchte ich die Herren bitten, solche Bemerkungen zu unterlassen.“

Das zweite, was ich sagen wollte, ist, daß wir in dieser Frage doch sehr fleißig gearbeitet haben. Es wird uns zum Vorwurf gemacht, der Verein deutscher Chemiker gehe hier in einem Automobiltempo vor. Sie haben aber gehört, daß wir uns eingehend mit der vorliegenden Frage beschäftigt haben; Sie haben alle die darüber erstatteten Referate gelesen, der Vorstandsrat hat sich sehr lange mit der Frage beschäftigt, und Sie können mir glauben, daß die Beratungen im Sozialen Ausschusse wie im Vorstandsrat wirklich von sehr großer Gründlichkeit getragen gewesen sind. Also auch diesen Vorwurf, der indirekt dem Verein gemacht wird, möchte ich ablehnen.“

Dr. Hesse: „Ich muß nach wie vor auf dem vorhin eingenommenen Standpunkt stehen bleiben, daß die unbedingte Annahme der Stettiner Beschlüsse entschieden schädlich wirken muß. Es wäre ein taktischer Fehler und es wäre nicht im Interesse des Vereins deutscher Chemiker, daß

wir einen derartigen schwerwiegenden Beschluß fassen, von dem bis jetzt kein einziger Angestellter — ich stehe der Frage vollkommen objektiv gegenüber, ich bin im Sinne dieses Beschlusses weder Arbeitgeber, noch Arbeitnehmer —, kein einziger Angestellter erklärt hat, daß er dieser Fassung zustimme. Da liegt doch die Schlußfolgerung nahe, daß alle Außenstehenden sagen werden: dieses Resultat ist nur dadurch erzielt worden, daß die Angestellten bei der Hauptversammlung in der Minorität sind. Mit mir werden jedenfalls viele nicht die Verantwortung auf sich nehmen wollen, daß sie sagen: wir majorisieren die Angestellten, machen ihnen große Schwierigkeiten, ihre Interessen weiter zu verfolgen, und wenn selbst, wie Sie gehört haben, mein früherer Arbeitgeber, Herr Dr. Steche, von allerdings ganz anderen Gesichtspunkten ausgehend, Ihnen zuruft, nicht im Automobiltempo solche Beschlüsse zu fassen, so müssen wir doch doppelt vorsichtig fragen: Dürfen wir gegenüber den schwerwiegenden Bedenken, die heute geäußert worden sind, solche Anträge annehmen? Falls der von mir gestellte Antrag auf Streichung der wenigen Worte aus Gründen der Geschäftsordnung nicht angenommen werden kann, bin ich, so leid es mir tut, nicht in der Lage, dem vorgeschlagenen Beschluß zuzustimmen.“

Dr. K l o e p p e l (Schlußwort des Berichterstatters): „M. H.! Ich betrachte es als sehr erfreulich, daß wir diese vielleicht etwas lange Debatte hier gehabt haben; es kann dann auch der Beschlußfassung des Vereins deutscher Chemiker nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht auf einer gründlichen Erörterung der Sache beruhe. Es ist ja gerade besonders erfreulich, daß wir nicht nur die vermittelnde Richtung hier gehört haben, sondern auch den extremen Standpunkt des Angestellten und des Unternehmers. Nun hat sich meine Aufgabe, als Referent die Debatte unparteiisch zusammenzufassen, außerordentlich vereinfacht dadurch, daß die Punkte, die heute noch einen Gegenstand des Streites gebildet haben, sich auf zwei beschränken. Der eine Punkt ist eigentlich auch nur noch von einem der Redner berührt worden: es ist die Ziffer IV B. Ich glaube, die Ausführungen, die dazu gemacht worden sind, beruhen auf einer unrichtigen Auffassung. Ich hatte schon in der Einleitung gesagt, daß der Satz IV B im wesentlichen die Ergebnisse der Rechtsprechung auf diesem Gebiet zusammenfasse. Die reichsgerichtliche Judikatur auf diesem Gebiet war bis vor 4—5 Jahren schwankend; heute ist die Rechtsprechung eine konstante geworden, und zwar eine solche, die durchaus zugunsten des Angestellten geht. Der Zweck der Ziffer IV B ist es, diese Rechtsprechung zusammenzufassen. Irgend ein schwerwiegendes Bedenken gegenüber dem Inhalt des Absatzes IV B ist überhaupt von niemand vorgebracht worden. Es hat aber die Aufnahme einer solchen Formel, die die Zustimmung zu der bisherigen Rechtsprechung ausspricht, große praktische Vorteile, indem sie nach außen einen Fingerzeig dafür bietet, wie man in den Kreisen der Interessenten sich die zukünftige Tätigkeit des Richters auf diesem Gebiete denkt, wenn er in Fällen, wo keine vertragliche

Abmachung besteht, Entscheidungen darüber treffen muß, ob die Erfindung dem Angestellten gehört oder nicht.

Nun zu der Ziffer IV A. Die Befürworter der Streichung des einen Passus haben es so dargestellt, daß es sich mehr um einen Schönheitsfehler handelt. Es soll gestrichen werden „überaus nachteilig für die Unternehmen wie für die Angestellten selbst“. Es ist in der Debatte nachgewiesen worden, daß eine schematische Gewinnbeteiligung unmöglich sei. Ist das aber der Fall, so muß eine trotzdem erfolgende zwangsweise Einführung eines solchen Grundsatzes auch nachteilig sein; die Zufügung dieser Worte bedeutet also nur eine Verstärkung des vorhergehenden Gedankens, nur eine Wiederholung. Andererseits könnte eine Streichung des fraglichen Passus so aufgefaßt werden, als ob wir uns nach der anderen Richtung festlegen wollten, was doch bei dem größten Teile der Herren nicht beabsichtigt wird.

Nun kam noch ein Moment, daß, wenn es hier vorgebracht wird, zweifellos großen Eindruck macht. Es ist gesagt worden, der Stettiner Kongreß war nicht kompetent, sich über die Sache zu unterhalten, denn da haben in der Hauptsache die Rechtsanwälte und Patentanwälte mitgewirkt; das wäre gerade so, als wenn wir uns darüber unterhalten wollten, ob die gesetzlichen Gebühren der Rechtsanwälte oder Patentanwälte ausreichend seien. Die Sache liegt doch etwas anders. Ich habe die Verhandlungen des Juristentages auf diesem Gebiete sehr eifrig verfolgt; bei diesen Verhandlungen ist immer wieder hervorgehoben worden und auch in der Tagespresse unterstrichen worden, daß für die Beurteilung der Interessen des Angestellten gerade der Rechtsanwalt, der beide Seiten hört, der sehr häufig, auch ohne daß es zu einem Prozesse kommt, Gelegenheit hat, den Angestellten zu beraten, die richtige unparteiische Instanz sei. Ich glaube, wir würden den Herren, die in sehr eingehender, anerkanntenswerter Weise gerade in Stettin und in der Kommission mitgearbeitet haben, Unrecht tun, wenn wir in dieser Weise ihre Kompetenz bestreiten und das, was sie auf dem Gebiete gearbeitet haben, als für uns gleichgültig ablehnen wollten.

Ich möchte Ihnen daher namens des Vorstandsrates empfehlen, seinen Anträgen zuzustimmen, und nur noch ein Wort sagen zu einem Ausspruch des letzten Herrn Redners, der sagte: Wenn wir dieser Streichung nicht zustimmen, so würde er zu seinem lebhaften Bedauern in der Lage sein und mit ihm viele, die ganzen Anträge abzulehnen. Ich will selbstverständlich in keiner Weise die Beschlußfassung der Herren, die das ablehnen wollen, beeinflussen; ich will nur das eine sagen: Überlegen Sie es sich, daß dieser Vorschlag, der in Stettin beschlossen worden ist, nicht bloß ein Kompromiß darstellt, sondern nach zwei Richtungen hin den Wünschen des Angestellten außerordentlich entgegenkommt. Herr Dr. Osterrieth hat bereits ausgeführt — und er ist einer der Vorkämpfer der Idee gewesen, daß die grundsätzliche Anerkennung des Anspruchs auf das Patent für den Erfinder, die Anerkennung des Urheberrechts des Erfinders, wie sie in Absatz I niedergelegt ist, einen außerordentlich wesentlichen

Schritt bedeutet gerade in der Richtung der Bestrebungen der Angestellten. Andererseits bedeutet auch der Beschluß, die Erfinderehre anzuerkennen und sichere Kautelen für ihre Anerkennung zu schaffen, nicht nur einen idealen, sondern auch einen sehr materiellen Vorteil für die Angestellten. Ich möchte deshalb Ihrer Erwägung anheimgeben, ob es taktisch richtig wäre, wenn Sie, weil eine oder die andere Zeile der Stettiner Beschlüsse Ihnen nicht paßt, nun durch diese Bedenken sich veranlaßt sehen wollten, das wertvolle Werk und gerade im Interesse der Angestellten wertvolle Werk, das in Stettin geschaffen worden ist, abzulehnen.“ (Bravo!)

Dr. Hesse (zur tatsächlichen Berichtigung): „Ich möchte Herrn Dr. Kloppe! dahin berichten, daß ich keineswegs dem Stettiner Tag die Kompetenz zu seiner Beschlußfassung im allgemeinen bestritten habe; ich habe nur bestritten — und das halte ich aufrecht — die Kompetenz für die fünf Worte: „wie für die Angestellten selbst.“

Vors.: „Die Debatte ist geschlossen, wir kommen zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe; beide Male werden die Stimmen ausgezählt; es stimmen 128 Herren mit 1 Stimme und 32 Herren mit 263 Mehrstimmen dafür und 27 Herren mit 1 Stimme und 12 mit 96 Mehrstimmen dagegen.)

Es haben sich 391 Stimmen dafür ausgesprochen, 123 dagegen, der Antrag ist also angenommen.“

9b. Antrag des Bezirksvereins Frankfurt zur Frage der Konkurrenzklausel.

Der Verein deutscher Chemiker hält im Interesse der chemischen Industrie seinen auf der Hauptversammlung in Danzig in der Frage der Konkurrenzklausel eingenommenen Standpunkt aufrecht.

Gegenüber den neuerlich von dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie gemachten Vorschlägen betont der Verein, konform seinem Danziger Beschlusse, daß eine nachträgliche einseitige Aufhebung der Karenz ohne Entschädigung unzulässig ist.

Dieser Antrag hat vom Vorstandsrat die folgende Form erhalten:

„Der Verein deutscher Chemiker hält im Interesse der chemischen Industrie seinen auf der Hauptversammlung in Danzig in der Frage der Konkurrenzklausel eingenommenen Standpunkt aufrecht mit der Maßgabe, daß der Absatz 2 der damals beschlossenen Fassung des § 133 f der Gewerbeordnung ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

Der Gewerbeunternehmer ist berechtigt, auf die Einhaltung der vereinbarten Beschränkung zu verzichten. Während der Dauer des Dienstverhältnisses muß die Verzichtleistung spätestens 6 Monate vor Ablauf des Dienstverhältnisses oder, falls der Vertrag durch den Angestellten gekündigt wird, spätestens 14 Tage nach Entgegennahme der Kündigung ausgesprochen werden.

Nach Ablauf des Vertrages behält der Angestellte im Falle der Verzichtserklärung den An-

spruch auf die vorgesehene Vergütung noch für die Dauer eines Jahres von der Abgabe der Verzichtserklärung ab.“

Dr. Kloppe! (als Berichterstatter für den den Vorstandsrat): „M. H.! Sie werden alle den Antrag des Frankfurter Bezirksvereins gelesen haben, der zu der heutigen Beratung führt, und Sie werden auch die Begründung des Antrags gelesen haben. Ich bin vom Vorstande gebeten worden, ehe ich das Referat erstatte, dazu eine ganz kurze Mitteilung zu machen. Die Begründung dieses Antrags kann an einer Stelle so aufgefaßt werden, als ob sie gegen die Person des Herrn Vors. sich richte, diese Frage ist in der gestrigen Vorstandssitzung erörtert und von dem Herrn Vertreter des Frankfurter Bezirksvereins ist erklärt worden, daß eine solche Spitze nicht beabsichtigt sei. Es wird daher auf diesen Punkt in der Diskussion nicht weiter eingegangen werden.

Zur Sache selbst habe ich auf folgendes hinzuweisen. Die Bewegung, die in dieser Frage bestand, hat uns schon früher zu der Stellungnahme geführt, daß, wenn einem Angestellten die Verpflichtung auferlegt wird, nach Ablauf seines Dienstverhältnisses nicht in den Dienst eines konkurrierenden Unternehmens zu treten, dafür auch eine angemessene Entschädigung und zwar mindestens das zuletzt bezogene Gehalt bezahlt werden soll. Dieser Punkt steht heute nicht nochmals zur Erörterung; das hat unser Verein festgestellt und er hat in keiner Weise die Absicht, diese Feststellung aufzugeben. Es hat nun aber der Beschluß unseres Vereins in Danzig sowohl nach der Meinung des Antragstellers wie nach Meinung des damaligen Referenten und, ich glaube, auch wohl nach der Meinung des größten Teils derjenigen, die damals abgestimmt haben, sich nur bezogen auf eine Regelung der Karenzverpflichtung nach Ablauf des Dienstverhältnisses. Es ist ganz ausdrücklich damals gesagt worden, wenn eine solche Verpflichtung auferlegt worden ist, und der Angestellte in Erfüllung dieser Karenzverpflichtung beispielsweise sich entschlossen hat, in der Zwischenzeit in einem Universitätslaboratorium zu arbeiten u. dgl., daß es dann eine Härte bedeuten würde, wenn man dem Unternehmer die Möglichkeit geben wollte, nachträglich ohne weiteres auf die Karenz zu verzichten. Man hat sich aber auf der anderen Seite gesagt, wenn dadurch, daß der Geschäftszweig aufgegeben wird o. dgl., für den Unternehmer das Interesse an der Karenz aufhört, so wäre es in einem solchen Falle eine Unbilligkeit gegen den Unternehmer, wenn er gebunden sein sollte, noch jahrelang die Entschädigung zu zahlen. Es ist einstimmig von uns der Antrag angenommen worden, daß in diesem Falle der Unternehmer das Recht haben solle, gegen Zahlung der Entschädigung für ein Jahr auf Einhaltung der Karenz zu verzichten. Dies hat zugleich die Folge, daß der Angestellte, der diesen Verzicht erhält, ohne weiteres in der Lage ist, sich um eine Anstellung in einem Konkurrenzunternehmen zu bewerben.

Nun ist bei Erörterung dieser Angelegenheit auch die andere Frage aufgetaucht: Wie soll es gehalten werden, wenn von vornherein die Karenzpflicht auferlegt wird, der Unternehmer aber schon während der Dauer des Dienstverhältnisses das

Interesse an der Aufrechterhaltung der Karenz verliert; soll er dann in der Lage sein, auf die Karenz zu verzichten oder soll er das Jahr noch bezahlen? Einzelne Herren haben es so aufgefaßt, als ob auch in diesem Falle eine Jahresentschädigung gezahlt werden müßte. Der Vorstandsrat ist der Ansicht, daß eine solche Verpflichtung eine Unbilligkeit für den Unternehmer bedeuten würde. Es lassen sich für diesen Fall auch nicht die Billigkeitsgründe in dem Maße anführen, die für den anderen Fall sprechen; denn wenn, solange das Dienstverhältnis noch in Kraft ist, der Unternehmer auf die Karenzverpflichtung verzichtet, so hat der Angestellte derartige Änderungen seines äußeren Lebens, wie ich sie eben erwähnte, noch nicht vorgenommen, hat sich noch nicht darauf eingerichtet.

Auf der anderen Seite hat sich bereits der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie dahin ausgesprochen, daß bis zum Ablauf des Dienstverhältnisses die Verzichtserklärung des Unternehmers auch nicht hinausgeschoben werden darf. Wenn der Fabrikant auf die Karenz im Laufe des Dienstjahres verzichtet, so muß dem Angestellten eine Frist gelassen werden, in der er in der Lage ist, auf Grund der neuen Sachlage Stellung zu suchen. Es ist nun in dem Beschluß des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie gesagt worden, daß es als eine hinreichende Frist betrachtet würde, wenn zwei Monate vor Ablauf des Dienstverhältnisses der Verzicht ausgesprochen wird. Der Bezirksverein Frankfurt hat sich dahin ausgesprochen, daß eine zweimonatige Frist nicht ausreichend sei.

Man kann für eine solche Frist verschiedene Gründe anführen: ich weise darauf hin, daß nach der Gewerbeordnung eine Kündigung zulässig ist mit sechswöchiger Frist zum Schluß des Kalendervierteljahrs. Die Frage ist nun von Ihrem Sozialen Ausschuß und dem Vorstandsrat ausführlicher geprüft worden, und man ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß es sich doch empfehlen würde, eine etwas längere Frist zu wählen. Es wird Ihnen nämlich ein Mittelweg vorgeschlagen, gemäß dem die Frist auf 6 Monate zu bemessen ist für den Fall, daß der Unternehmer seinerseits kündigt oder auf die Karenzverpflichtung verzichten will. Für den Fall, daß der Angestellte kündigt, kann man natürlich nicht eine längere Frist verlangen. Erst in dem Moment, wo der Angestellte kündigt, bietet sich für den Fabrikanten die Möglichkeit, darüber schlüssig zu werden, ob er auf die Karenz verzichten will oder nicht. Daraus ergab sich die Resolution, die hier vorgeschlagen wird. Zunächst wird wiederholt, daß „der Verein deutscher Chemiker im Interesse der chemischen Industrie seinen auf der Hauptversammlung in Danzig in der Frage der Konkurrenzklausel eingenommenen Standpunkt aufrecht erhält.“

Nun kommt die Änderung, die ich eben dargelegt habe, „mit der Maßgabe, daß der Absatz 2 der damals beschlossenen Fassung des § 133 f der Gewerbeordnung ersetzt wird durch folgende Bestimmung:

„Der Gewerbeunternehmer ist berechtigt, auf die Einhaltung der vereinbarten Beschränkung zu verzichten. Während der Dauer des

Dienstverhältnisses muß die Verzichtleistung spätestens 6 Monate vor Ablauf des Dienstverhältnisses oder, falls der Vertrag durch den Angestellten gekündigt wird, spätestens 14 Tage nach Entgegennahme der Kündigung ausgesprochen werden.

Nach Ablauf des Vertrages behält der Angestellte im Falle der Verzichtserklärung den Anspruch auf die vorgesehene Vergütung noch für die Dauer eines Jahres von der Abgabe der Verzichtserklärung ab.“

Was nun die 14 Tage nach Entgegennahme der Kündigung angeht, so ist sowohl im Sozialen Ausschuß als auch im Vorstandsrat die Frage eingehend besprochen; es erschien notwendig, daß, wenn der Vertrag durch den Angestellten gekündigt wird, dem Unternehmer eine gewisse Frist gegeben werden muß. Es kann ja sein, daß ein Teilhaber der Firma, der in erster Linie für die Entscheidung maßgebend ist, nicht anwesend ist u. dgl.; mancherlei Dinge derart können vorliegen. Der Soziale Ausschuß hat sich deshalb nach längerer Erörterung dahin ausgesprochen, daß in diesem Falle eine Frist von 14 Tagen gegeben werden müßte, in der sich der Unternehmer zu entscheiden hat.

Ich glaube, daß diese Lösung, die vom Vorstandrat einstimmig gebilligt worden ist, auch ihr Einverständnis finden kann, und wir damit unseren Danziger Beschluß in einer der Billigkeit entsprechenden Weise ergänzen. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag.“

Vors.: „Wir treten in die Debatte ein. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung; wer gegen den Antrag stimmt, wolle sich erheben. — Der Antrag des Vorstandsrats ist einstimmig angenommen. M. H., ich gratuliere Ihnen zu diesem Beschluß, gratuliere Ihnen deshalb, weil Sie zum ersten Male dem Sozialen Ausschuß, der die Sache sehr eingehend behandelt hat, damit ein außerordentliches Vertrauensvotum geben und das ist, glaube ich, für uns von großer Wichtigkeit.“

10. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes.

Vors.: „M. H.! Der Bericht (s. S. 2545) ist in Ihren Händen; wenn nicht eine Verlesung verlangt wird, und niemand das Wort wünscht, — was nicht der Fall ist — dann ist der Punkt erledigt.“

11. Tätigkeit des deutschen Ausschusses für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht.

Vors.: „Im Jahresbericht des Vorstandes (s. S. 2546) steht alles, was wir Ihnen darüber zu sagen hätten. Ich denke, wir können auch hier weitergehen.“

12. Die Tätigkeit des Vereins chemische Reichsanstalt.

Geheimrat Prof. Dr. Delbrück: „Der Verein chemische Reichsanstalt hat sich konstituiert, hat seinen Verwaltungsrat und Vorstand gewählt und die Rechte einer juristischen Person erworben. Er ist der Ausführung der chemischen Reichs-

anstalt in der Weise näher getreten, daß er durch Herrn Geheimrat Beckmann in Leipzig mit Hilfe eines Bausachverständigen Pläne und Kostenanschläge hat ausarbeiten lassen. Die Pläne sind auf ein Grundstück zugeschnitten, das von seiten der preußischen Verwaltung in Dahlem bei Berlin zur Verfügung gehalten wird. Die hierzu notwendigen Mittel sind vom Verein bewilligt worden. Am 16./10. findet die erste Mitgliederversammlung statt, in der die weiteren Beschlüsse zu fassen sind. Die Unterlagen für die Verwirklichung des Planes sind in solcher Vollständigkeit gegeben, daß bei angemessenem Entgegenkommen der Reichsregierung die Ausführung in unmittelbare Nähe gerückt ist.“

13. Hilfskasse.

Dr. Raschig: „M. H.! Sie ersuchen aus den Darlegungen unter Ziffer IX des Geschäftsberichtes für 1908 (vgl. S. 2547), daß die Hilfskasse mit einem Vermögen von etwas über 40 000 M arbeitet, und daß die einzigen sicheren Einnahmen, die wir haben, die Zinsen dieses Vermögens in Höhe von rund 1500 M sind.

Es ist klar, daß wir große Ausgaben damit nicht bestreiten können, und daß wir uns mit unseren Beihilfen auf geringe Beträge von 100 bis zu 300 oder höchstens 400 M beschränken müssen. Daher kommen wir nicht selten in die Lage, Unterstützungsgesuche ganz ablehnen zu müssen, weil wir sehen, daß mit solchen kleinen Mitteln doch nicht zu helfen ist, und weil Summen von einigen tausend Mark, die ein ins Unglück gekommener Chemiker manchmal nötig hat, um sich eine neue Existenz zu gründen, etwa zur Anschaffung von Gerätschaften oder zur Tilgung drückender Schulden, von uns nicht aufzubringen sind. Wir müssen auf eine bessere Zeit hoffen, zu der wir vielleicht auf dem Wege von milden Stiftungen kommen werden.

Vor etwa 20 Jahren, als das Hofmannhaus in Berlin begründet wurde, entfaltete Herr Dr. Holtz zur Beschaffung der nötigen Mittel eine rege Tätigkeit, und er erzielte schöne Erfolge mit einem Aufruf, in dem es hieß, wem es vorläufig zu schwer falle, sich zum Besten des Hofmannhauses größerer Summen zu entäußern, der möge wenigstens in seinem Testament daran denken: „Also, m. H., stiften Sie Legate.“ Er nahm eine Art von freiwilliger Erbschaftssteuer zu Hilfe, um zu seinem Ziele zu kommen, und in diesem Sinne möchte ich auch Ihnen zugunsten der Hilfskasse nahe legen: Stiften Sie Legate. Ein nachahmenswertes Beispiel hat uns unser leider verstorbener Kollege Dr. Plath gegeben, indem er der Hilfskasse testamentarisch 1000 M vermachte.

Nun noch ein kurzes Wort an die Bezirksvereine: Vor 2 Jahren, als Herr Dr. Kubierschky noch dem Kuratorium der Hilfskasse angehörte, wurde in der geschäftlichen Sitzung des Vereins deutscher Chemiker darüber beraten, ob man nicht in Anbetracht der schlechten Finanzlage den jährlichen Zuschuß von 1000 M, den der Hauptverein der Hilfskasse gab, herabsetzen solle. Kubierschky wandte sich entschieden dagegen und legte dar, daß der Hauptverein, wenn er wirklich einmal in Geldverlegenheiten kommen

sollte, sich ja dann mit einem Unterstützungsgesuch an die Hilfskasse wenden könnte. Das war scherzhaft gemeint, ist aber inzwischen doch eingetroffen, nicht buchstäblich, aber in der Weise, daß der Hauptverein die Rückvergütung von 3 M, die er früher den Bezirksvereinen zahlte, auf 2 M herabgesetzt hat. Dadurch beschneidet er den Bezirksvereinen die Mittel so, daß sie die Hilfskasse nicht mehr wie bis dahin unterstützen konnten. Wir bekamen früher von den Bezirksvereinen einen jährlichen Zuschuß von zusammen 1200 bis 1500 M; in den letzten Jahren ist er aber gefallen, so daß er jetzt nur noch auf 500—600 M zu veranschlagen ist. Tatsächlich liegen also die Dinge so, daß der Hauptverein sich größere Einnahmen auf Kosten der Hilfskasse beschafft hat.

Ich möchte nun an die Bezirksvereine die dringende Bitte richten, ihren Zuschuß an die Hilfskasse wieder auf die frühere Höhe zu bringen. Gerade im letzten Jahr mit seinem wirtschaftlichen Niedergang haben wir zahlreiche Hilfszusuche von bedürftigen Chemikern erhalten, die wirklich einer Unterstützung wert waren; wir konnten aber aus Mangel an größeren Mitteln nicht genügend eingreifen. Es ist dringend nötig, daß wir zu größeren Einnahmen kommen, damit wir in solchen Fällen, wo Chemiker unverschuldet in Not geraten sind und durch nicht zu große Summen über Wasser gehalten werden könnten, etwas mehr leisten können.“

Vors.: „Ich danke Herrn Dr. Raschig für sein Referat. Wünscht noch jemand das Wort? Es ist nicht der Fall.

Leider muß ich noch mitteilen, daß Herr Dr. Lange sich veranlaßt gesehen hat, seine Tätigkeit für das Kuratorium der Hilfskasse niederzulegen, weil er der Meinung war, es sei notwendig, daß von Zeit zu Zeit, wenn auch in nicht allzu kurzen Zwischenräumen ein Wechsel im Kuratorium eintritt, um neues Leben hineinzubringen, um Vertreter anderer Bezirksvereine in die Hilfskasse hineinzubringen, damit dieser in dem Sinne, wie eben Herr Dr. Raschig gepredigt hat, neue Beiträge zufließen. Ich kann nicht anders als Herrn Dr. Lange den herzlichen Dank des Vereins für seine Tätigkeit aussprechen, und hoffe, daß er das warme Interesse, das er bisher an der Hilfskasse betätigt hat, dieser auch weiter entgegenbringen möge. Der Vorstandsrat hat beschlossen, seinem Wunsche zu entsprechen, und nicht aus dem Berliner Bezirksverein, sondern aus einem anderen Bezirksverein einen Nachfolger zu wählen. Die Wahl ist einstimmig auf Herrn Dr. Scheithauer gefallen, so daß also das Kuratorium nunmehr besteht aus den Herren Dr. Raschig, Dr. Lütj und Dr. Scheithauer.“

14. Antrag der Herren: Ernst Erdmann, F. Fischer, B. Rassow, E. Vongerichten, H. Wichelhaus. (vgl. S. 2548).

Prof. Dr. Rassow: „M. H., es ist wohl kaum einem Zweifel unterlegen, daß es einer Verbesserung des technologischen Unterrichts an den meisten Universitäten in Deutschland bedarf. Der Verein hat sich schon früher auf diesen Standpunkt gestellt. Da eine gedruckte Begründung unserer

Anträge vorliegt, so erübrigt es, daß ich auf weitere Einzelheiten eingehe.

Nun hat der Vorstandsrat gestern an diesem Antrag einige Veränderungen vorgenommen, die Ihnen durch die verteilten Zettel ebenfalls bekannt geworden sind. Ich habe nach Rücksprache mit Herrn Geh. Rat **Wichelhaus** und Herrn Prof. **Fischer** anerkennen müssen, daß einzelne dieser Abänderungen entschieden Verbesserungen bedeuten, andere Abänderungen, die auf Abschwächungen unserer Forderungen hinauslaufen, haben wir uns, um überhaupt etwas zu erreichen, der Not gehorchend, gefallen lassen. Ich glaube aber, daß, wenn die wirtschaftliche Konjunktur und damit unsere Staatsfinanzen besser geworden sind, wir mit verschiedenen von diesen Anträgen später noch einmal kommen müssen. Denn daß es eine Notwendigkeit ist, die Technologie an den Universitäten zu lehren, und notwendig, die Dozenten besser zu stellen und die Institute besser einzurichten, darüber besteht wohl kein Zweifel.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der gestern in der Debatte und auch in Briefen an den Vorstand erwähnt worden ist. Man fürchtete, es könnte mit Hilfe der Technologie eine Vermehrung des Gedächtniskrams für die Studierenden der Chemie bewirkt werden. **M. H.**: Wie ich die Technologie verstehe und sie vorzutragen suche — und darin bin ich mit meinen Kollegen einig — liegt der Schwerpunkt nicht auf dem Gedächtniskram, sondern vor allen Dingen auf der *Anschauung*, die durch das Experiment und namentlich durch die Exkursionen gefördert werden soll: die *Anschauung*, die *Bildung des Auges* für die Unterscheidung von Apparaten, die vielleicht ähnlich aussehen, das ist eine wesentliche Aufgabe des technologischen Unterrichts und das ist gerade das Gegenteil von der Vermehrung des Gedächtniskrams, es ist vielmehr eine Vermehrung des *chemischen Könnens*.

Vors.: „Wünscht noch einer der Herren das Wort zu diesem Antrag?“

Prof. Busch: „Ich begrüße den Antrag mit Freude und möchte mir nur die Anfrage gestatten, warum in dem abgeänderten Antrag die Prüfung der Nahrungsmittelchemiker ausgefallen ist.“

Geheimer Rat Prof. Dr. Hempel: „Weil man sich gesagt hat, daß man dieses Examen nicht allzu sehr belasten soll. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß wir in Deutschland zu viel Examina haben. Ich halte es für eine wichtige Pflicht, daß wir dahin kommen, unsere Jugend weniger zu examinieren. Wir haben uns an den technischen Hochschulen mit den Universitäten in diesem Sinne geeinigt. Sie werden wohl die Schriften von **Ostwald** kennen, worin er es als eins der erquicklichsten Momente des *Doktorexamens* bezeichnet, daß so wenig examiniert wird.“

Prof. Busch: „Ich glaube aber doch, daß es wünschenswert wäre, die Nahrungsmittelchemiker zu berücksichtigen. Sie sind sehr viel in öffentlichen Laboratorien tätig, in denen technische Untersuchungen ausgeführt werden. Da ist es doch wünschenswert, wenn die Herren einigermaßen Bescheid wissen um die Herstellung und die Verunreinigung der Produkte, mit denen sie sich zu befassen haben.“

Geheimer Rat Prof. Dr. Hempel: „Das ist eine Sache des Reichs, während auf dem anderen Gebiete wir in den einzelnen Ländern selbständig sind.“

Prof. Busch: „Es wäre noch zu überlegen, ob man diesen Antrag nicht nur an die Unterrichtsverwaltungen, sondern auch an die Universitäten gelangen lassen sollte, denn das Doktor-examen ist nicht eine Sache der Unterrichtsverwaltungen, sondern zunächst der Fakultäten. Es würde sich also empfehlen, diesen Antrag auch an die philosophischen Fakultäten zu richten.“

Vors.: „Ich will gleich erwähnen, wir würden es im Vorstände nicht für eine wesentliche Abänderung des Antrags betrachten, wenn Sie die Fakultäten hier noch hereinbringen wollten; damit würden wir einverstanden sein.“

Geheimer Rat Prof. Dr. Wichelhaus: „Wir hatten den Antrag etwas anders gefaßt, als er jetzt hier vorliegt. Ich kann mich aber auch damit einverstanden erklären, wenn die Fakultäten hier genannt werden. Ich halte es nicht für richtig, lange darüber zu disputieren, sondern nur wünschenswert, daß der allgemeinen Stimmung Ausdruck gegeben wird über das, was wir wünschen.“

Vors.: „Wünscht noch einer der Herren das Wort? Es ist nicht der Fall; dann gestatten Sie, daß jetzt auch noch ein Techniker zum Wort kommt. Sie wissen, daß es die Techniker gewesen sind, die großen Wert darauf gelegt haben und noch legen müssen, daß die Chemiker, die von den Universitäten zu uns kommen, auch etwas von der technischen Chemie kennen. Ich verstehe darunter, im Gegensatz zur chemischen Technologie, daß sie über die großen technischen Prozesse und über ihren chemischen Verlauf orientiert sind. Die meisten jungen Chemiker, die von den Universitäten zu uns kommen, haben von diesen Dingen keine Ahnung. Weil eine Unmenge solcher Prozesse die Grundlage bilden für die zukünftige Tätigkeit des Chemikers in der Technik, weil ihm vor Augen geführt werden soll, daß die Einfachheit im Verfahren das Wichtigste ist, daß sog. komplizierte Reaktionen in der Technik fast nie Erfolg haben, deshalb unterstütze ich diesen Antrag wie früher, so auch jetzt aufs Wärmste. Schon seit Jahren haben wir wiederholt diesbezügliche Eingaben gemacht, und wir freuen uns, daß die Fachgruppe für den technologischen Unterricht erneut diesen Antrag eingebracht hat; der Vorstand wird gern, nachdem Sie, wie es scheint, diesen Antrag einstimmig annehmen wollen, ihn neuerdings mit einer eingehenden Begründung an die Unterrichtsverwaltungen bringen; wir hoffen, daß wir endlich Erfolg haben.“

Wünscht noch jemand das Wort? Es ist nicht der Fall, dann frage ich, ob Sie unter *Einschiebung* des Wortes Fakultäten und unter zweimaliger Änderung des Ausdrucks Technologie in technische Chemie den Antrag annehmen wollen? Er ist einstimmig angenommen.“

15. Verschiedene geschäftliche Mitteilungen.

Vors.: „Hier habe ich nur eine Frage zu besprechen, die Frage der Organisation der Internationalen Kongresse. Sie alle, die Sie mit auf dem Internationalen Kongreß in London gewesen

sind und die früheren Internationalen Kongresse besucht haben — ich war nicht in Rom, habe aber gehört, daß dort die Organisation sehr zu wünschen übrig ließ — Sie alle werden zugeben, daß es so, wie es bisher gemacht worden ist, eigentlich nicht weiter gehen sollte. Wir sind ja als Ausländer in London außerordentlich liebenswürdig und freundlich aufgenommen worden. Die englischen Kollegen haben getan, was sie konnten, uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Wir waren eigentlich vom Morgen bis zum Abend überschwemmt mit Einladungen, des mittags zum Lunch, nachmittags zum after noon tea, zur garden-party, abends zum dinner, so daß wir aus dem Vergnügen nicht herauskamen und, wenn wir alles mitgemacht hätten, wahrscheinlich als Leichen nach Deutschland zurückgekommen wären. Wir sind speziell als Vertreter des Vereins deutscher Chemiker in ganz hervorragender Weise empfangen worden, aber ich habe viele Klagen von Kollegen darüber gehört, daß die Organisation zu wünschen übrig ließ, weil das englische Komitee über die Ausländer nicht im mindesten orientiert war. Nun existiert in jedem Lande eine große Organisation. Ein dickes Heft ist angefüllt mit Namen, hunderte von Menschen sind in jedem einzelnen Organisationskomitee tätig, aber sie treten nur einmal, und zwar in ihrem Heimatlande zusammen; in dem Ort der Tagung des „Internationalen Kongresses“ kommt das ausländische Komitee nicht mehr zur Geltung. Da das Komitee ausschließlich auf Personen gestellt ist, nicht auf Vereine, so sind wir der Meinung und haben dem schon, den Amerikanern gegenüber, Ausdruck gegeben, die den Kongreß in Neu-York eingeladen haben, daß man doch in erster Linie zurückgreifen sollte auf die in jedem Lande bestehenden großen chemischen Vereine und Gesellschaften mit ihren Bureaus und Geschäftsführern, die in diesen Dingen Erfahrung besitzen und nun auch selbst mit hinübergehen und dann dort ein Bureau aufmachen können und in der Lage sind, in richtiger Weise für die Vertretung ihres Landes zu sorgen. Wir sind der Meinung, daß das der richtige Weg wäre, und daß wir diesen Weg empfehlen sollten. Wenn wir das hier zur Sprache bringen, so tun wir das nur, um die Kollegen des Auslandes auch darauf aufmerksam zu machen. Wir tun es nicht, um zu kritisieren, sondern um zu bessern, und tun es mit Rücksicht darauf, daß die Internationalen Kongresse an sich eine außerordentlich schwierige Einrichtung sind mit ihrem vielsprachigen Organismus, wo die einzelnen sich sehr schwer verstehen und sehr leicht mißverstehen, zumal wenn diese Kongresse abgehalten werden müssen in Millionenstädten, wo alles auseinander läuft, und damit die Schwierigkeiten ins Ungemessene wachsen. Da aber diese Internationalen Kongresse doch das eine gute haben, daß sie eine internationale Verständigung ermöglichen, sollten wir uns bemühen, unseren Kollegen zu zeigen, wie es künftig werden müßte. Wenn Sie mit mir übereinstimmen, so möchte ich ferner noch den Beschluß anregen, daß man absehen möchte von der Einberufung dieser Kongresse alle drei Jahre. Wir finden, daß es

vollständig genug wäre, wenn sie alle 5 Jahre stattfinden. Die Kongresse kosten auch eine Menge Geld. Deshalb ist es wünschenswert, daß von jetzt ab die Kongresse nur alle 5 Jahre stattfinden.

Wünscht jemand das Wort zu diesem Gegenstand? Das ist nicht der Fall; dann nehme ich an, daß Sie einmütig mit uns im Vorstand derselben Ansicht sind, und wir dürfen wohl die Geschäftsführung beauftragen, einen Bericht über diesen Punkt unserer Hauptversammlung nach Amerika gelangen zu lassen.

M. H.! Damit sind wir am Schlusse der heutigen Sitzung angelangt. Ich danke Ihnen recht sehr für die zahlreiche Beteiligung, die wir diesmal zu unserer Freude konstatieren konnten. Seit die sozialen Fragen auf dem Programm stehen, hat das Interesse der Mitglieder an der geschäftlichen Sitzung außerordentlich zugenommen. Das ist sehr zu begrüßen, denn, m. H., wir haben ein großes Interesse daran, auch im großen Kreise diese Dinge eingehend zu behandeln. Es wird dabei mancher sehen, daß die Meinung, die er sich in seinem stillen Laboratorium gebildet hatte, doch vielleicht etwas weltfremd war und verschieden von der Meinung, die er hier vertreten hörte, vertreten hörte oft auch von unparteiischer Seite, von Wissenschaftlern, die als Mittelglied zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen, von Rechtsanwälten, die wir als neutrale Persönlichkeit ansehen müssen. Es ist erfreulich, daß sowohl Angestellte wie Unternehmer sich an den Verhandlungen so rege beteiligt haben; ich glaube, es ist jeder reichlich zu Wort gekommen, trotz der Beschränkung, die wir für notwendig hielten, und nun hoffe ich, daß auch der weitere Verlauf unserer so glänzend begonnenen Hauptversammlung ein solcher sein wird, daß wir mit Befriedigung auf die diesjährige Tagung in Frankfurt a. M. zurückblicken können, obgleich viele uns prophezeit hatten, die diesjährige Versammlung würde infolge des Internationalen Kongresses in London hier in Frankfurt nicht so gut besucht werden. Das Gegenteil ist eingetreten; soviel ich weiß, sind ja schon mehr als 600 Teilnehmer gemeldet, eine Zahl, wie wir sie nach Berlin nicht wieder erreicht haben; das ist außerordentlich erfreulich, und ich danke Ihnen nochmals.“

Dr. Langfurth: „Ich gestatte mir, den Spieß umzudrehen und unserem lieben Prof. Duisberg den Dank auszusprechen für die schöne, geduldige und liebenswürdige Art, in der er auch diesmal die Sitzungen des Vorstandsrats und des Plenums geleitet hat. Wir wollen ihn ganz besonders dazu beglückwünschen, daß es ihm auch diesmal so gut gelungen ist, die Verhandlungen zu leiten. Wir beglückwünschen ihn und uns dazu und geben der Hoffnung Ausdruck, daß auch die neuen 3 Dienstjahre, die er wieder auf sich genommen hat, ebenso erfolgreich für ihn und für den Verein sein mögen. Unseren herzlichen Dank; ich bitte Sie, m. H., durch Erheben von den Sitzen Ihre Zustimmung auszudrücken.“ (Geschicht; allseitiges Bravo!)

Vors.: „M. H.! Ich danke Ihnen herzlich und schließe die Sitzung.“

III. Donnerstag, den 16. September 1909, vorm. 9 Uhr.

Zweite allgemeine Sitzung.

Vorsitzender: Herr Geh. Rat Prof. Dr. Delbrück, später Herr Prof. Dr. Duisberg.

Es hielten Vorträge

Herr Prof. Dr. C. Schiffner-Freiberg: „Über Vorkommen, Gewinnung und Eigenschaften radioaktiver Körper“ (siehe S. 2273);

Herr Prof. Dr. Friedländer-Wien: „Über

indigoide Farbstoffe und antiken Purpur“ (siehe S. 2321);

Herr Prof. Dr. Lottermoser-Dresden: „Der jetzige Stand der Kolloidchemie“ (siehe S. 2417).

Herr Dr. Paul Kraus-Tübingen: „Die moderne Echtheitsbewegung in der Teerfarbenfabrikation“ (siehe S. 1880);

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil.

Jahresberichte
der Industrie und des Handels.

St. Louis. Über den Zinkbergbau in Missouri, Kansas, Arkansas und Oklahoma unter dem neuen Zolltarif berichtet das Kaiserl. Konsulat in St. Louis, Mo., u. a. folgendes: Die Zinkgrubenbesitzer in Missouri, Kansas, Arkansas und Oklahoma halten den Schutz, den der neue Zolltarif gegen die Einfuhr von Zinkerz aus dem Auslande, namentlich aus Mexiko, gewährt, für ausreichend. Erze mit einem Zinkgehalte von weniger als 25%, für die ein geringerer Einfuhrzoll gefordert wird, werden wohl nur ausnahmsweise die Fracht über längere Strecken tragen können, also kaum in Wettbewerb mit den einheimischen Erzen treten. Das mexikanische Erz enthält im Durchschnitt 40%; hier wirkt der Zoll von 8 Doll. für 1 t prohibitiv. Am Tage des Inkrafttretens des neuen Tarifes stieg der Preis für Zinkerz an der Schachtmündung; die Verteuerung betrug Mitte August bereits über 18%. Von den zahlreichen Gruben, die stillgelegt worden waren, nachdem der Preis für das Erz unter 40 Doll. gesunken war, nahmen einige den Betrieb sofort wieder auf. Waren an Zinkerz, einschließlich der Zinksilicate im Durchschnitt der letzten 10 Monate wöchentlich rund 6000 t gefördert worden, so ergab die erste Woche nach Inkrafttreten des neuen Tarifes bereits eine Förderung von etwa 7000 t. Als weitere Wirkung des Tarifes erwartet man die Abteufung neuer Zinkminen, deren sich nach Ansicht der Geologen noch zahlreiche in und nahe dem Zinkbezirke finden müssen.

—l. [K. 1768.]

Hankau. Der Handel Hankaus i. J. 1908, einschließlich der Wiederausfuhr bewertete sich auf rund 133,1 (127,8) Mill. Haikwan-Taels (1 H. T. = 2,80 M.). Es betrug (in Millionen H. T.) der Wert der Gesamteinfuhr 65,75 (67,40), davon 47,54 (50,32) fremde Waren, die gesamte Nettoeinfuhr 52,64 (54,65). An der unmittelbaren Einfuhr war Deutschland mit 891 200 H.-T. beteiligt. Von wichtigeren Einfuhrwaren Hankaus seien folgende Werte (in 1000 H.-T.) genannt: Blei in Blöcken und Stangen 153,8 (107,8), Kupfer in Blöcken 1809,3 (942,3), desgl. japanisch 626,8 (2607,4) Petroleum, amerikanisches, in Kannen und Kisten 1407,2 (1018,4), desgl. in Tanks 918,3 (1055,0), desgl. Borneo in Tanks 964,7 (819,9), desgl. Sumatra in Tanks 482,6 (79,6) ausländische

Kohlen, insbesondere japanische 179,8 (398,5), chinesische Kohlen 323,8 (3,1), desgl. insbesondere Kaiping-Kohle 27,3 (217,5), Zement 292, 3 (384,3), Anilinfarben 366,8 (478,0), künstlicher Indigo 419,3 (353,3), Zucker, brauner 822,5 (790,8), desgl. chinesischer 643,9 (1047,3), Kandiszucker 156,4 (195,9), raffinierter Zucker 805,8 (1215,3), weißer Zucker 120,1 (386,9), desgl. chinesischer 749,8 (567,8), Opium, fremdes 140,1 (126,0), desgl. einheimisches 1015,5 (981,0), Medizin, fremde 60,9 (84,3), desgl. aus Hongkong 128,3 (122,3), desgl. chinesische 718,0 (586,8). — Die Ausfuhr einheimischer Erzeugnisse aus Hankau hatte 1908 einen Wert von 67 398 265 H.-T. (53 686 000 nach chinesischen Häfen und 13 712 000 unmittelbar nach dem Auslande und zwar 1 306 000 (588 100) H.-T. nach Deutschland). Von wichtigeren Ausfuhrwaren seien folgende Werte (in 1000 H.-T.) genannt: Rohbaumwolle 1503,2 (3541,8), Bohnen, gelbe und weiße 3193,6 (2926,8), Bohnenkuchen 2520,1 (2136,0), Albumin, trockenes 197,4 (155,8), Eigelb 136,8 (173,8), Antimon (Schwefelantimon und Regulus) 900,9 (392,5), Eisenerz 200,9 (234,6), Roheisen 1000,3 (—), Bohnenöl 444,5 (313,6), Holzl 4863,9 (3321,9), Ramie 1657,5 (1908,0), Sesamsaat 8323,8 (3816,3), Pflanzentalg 1801,2 (2683,8), Gallnüsse 842,7 (920,4). (Nach einem Berichte des Kaiserl. Konsulates in Hankau.)

—l. [K. 1743.]

Die Seidenraupenzucht auf Ceylon. Seit 1905 hat man begonnen, die Seidenraupenzucht auf Ceylon heimisch zu machen. In diesem Jahre legte die landwirtschaftliche Gesellschaft Ceylons in Paradeniga eine Versuchsfarm an. Eriseide wurde als besonders erfolgreich betrachtet, weil Ricinuspflanzen, mit welchen die Raupen gefüttert werden, in großer Menge erhältlich waren, sodann aber auch, weil die Schmetterlinge dieses Seiden spinners davonfliegen und nicht getötet zu werden brauchen, was den religiösen Gefühlen der Buddhisten widerstrebt. 1906 bildeten etwa 600 Pfd. Kokons das Ergebnis der Bemühungen. Da die Eingeborenen der neuen Industrie wenig Neigung entgegenbrachten, mußte die Versuchsfarm zeitweilig geschlossen werden. In neuerer Zeit wurde die Angelegenheit jedoch wieder aufgenommen. Erikokons kommen hauptsächlich in zwei Farben, nämlich in Ziegelrot und Weiß, vor. Das Bleichen der roten ist äußerst schwierig, so daß man beachtigt, diese Form durch sorgfältige Auswahl der